Institut für Staatspolitik

Wissenschaftliche Reihe – Heft 6



Erosion der Mitte

Die Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im „Kampf gegen Rechts“ am Beispiel der Amadeu Antonio-Stiftung

IfS

Erosion der Mitte

Die Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im „Kampf gegen Rechts“ am Beispiel der Amadeu Antonio-Stiftung

Wissenschaftliche Reihe – Heft 6
Arbeitsgruppe 2: Politische Kultur

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
Fax 034632-90941 · www.staatspolitik.de

Inhalt

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda · Fax 034632-90941 · www.staatspolitik.de

1. Vorwort

Am 8. Oktober 2003 fand in Düsseldorf – ungeachtet der Bedenken aus den Reihen der Bundes-CDU sowie einer kleinen parlamentarischen Anfrage der FDP im Düsseldorfer Landtag,[1] – eine Tagung des nordrhein-westfälischen Amtes für Verfassungsschutz statt. Thema: „Die ‚Neue Rechte' – eine Gefahr für die Demokratie?" Die erwähnten Proteste bezogen sich auf die Anwesenheit mehrerer dem linksextremen politischen Spektrum nahestehender Referenten. Eine der Hauptthesen, welche von den anwesenden Politologen verhandelt wurde: Die Neue Rechte fungiere als „Scharnier" zwischen demokratischer und extremistischer Rechter und stelle sich somit als Promotor einer „Erosion des rechten Randes" (und mithin als Gefahr für die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik) dar. Diese Theorie wurde neben dem Hamburger Professor Wolfgang Gessenharter auch von Christoph Butterwegge befürwortet, einem Politologen mit guten Verbindungen ins linksextremistische Milieu. Andere Vertreter des Faches sehen das differenzierter beziehungsweise widersprechen gänzlich – wie etwa die ebenfalls anwesenden Kurt Sontheimer oder der Leiter des Dresdner Hannah-Arendt-Institutes, Uwe Backes.

In der medialen Berichterstattung wurden die im Vorfeld durch CDU und FDP eingebrachten Bedenken kaum erwähnt. Statt dessen fand eine medientypische Dramatisierung des Themas statt, wenn man etwa von der Neuen Rechten als „Braune[n] in Nadelstreifen"[2] berichtete oder – im gleichen Artikel – mittels der Bebilderung eine Assoziation von Neuer Rechter und Skinheads nahegelegt wurde. In einem Interview äußerte sich der Leiter des Verfassungsschutzamtes NRW, Möller, über die Leser(!) der Wochenzeitung *Junge Freiheit* wie folgt: „Man muss sich diese Leute als seriös erscheinende, rechtsextremistische Intellektuelle vorstellen."[3]

Der Vorgang zeigt exemplarisch zweierlei:

1. Die These der Existenz eines „Extremismus der Mitte" und/oder einer „Erosion des rechten Randes" ist keineswegs unwidersprochener Konsens im wissenschaftlichen Kontext.[4] Er wird vor allem von politisch a-neutralen Wissenschaftlern des linken bis „infraroten" politischen Spektrums vertreten.[5]
2. Dessen ungeachtet ist jedoch eine eigentümliche Übereinstimmung in der Selektivität des Zugriffs von Massenmedien, politischer Linker und (partiell) staatlichen Behörden auf die wissenschaftliche Debatte erkennbar, welche in der Öffentlichkeit als unreflektierte Argumentationsgrundlage eines forciert betriebenen „Kampfes gegen Rechts" dient.

Eine solche Praxis aber, so die Leitthese der vorliegenden Arbeit, ist nur ohne

nennenswerten Widerstand realisierbar, wenn der politische Kompaß in der Bundesrepublik selbst bereits weit links „eingenordet“ ist. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat diesen Prozeß zu Beginn seiner ersten Amtszeit 1998 angekündigt: Er sprach vom „Ende des CDU-Staates“[6] und meinte damit die Transformation der BRD als eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens auf der Grundlage des Antitotalitarismus zu einer „demokratisch-antifaschistischen“ Gesellschaft.

Derartige Verschiebungen müßten sich – neben Veränderungen in der politischen Semantik – auch auf institutioneller und personeller Ebene nachweisen lassen. Dieser Nachweis soll im folgenden am Beispiel der Amadeu Antonio-Stiftung geführt werden. Die Stiftung, bereits zwei Jahre vor dem öffentlich ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ gegründet, fungiert – um im Duktus des Verfassungsschutzes zu bleiben – ihrerseits als „Scharnier“ zwischen den geförderten Initiativen und Projekten und nimmt entscheidenden Einfluß auf die Arbeit und Mittelverteilung der Bundesprogramme „Gegen Rechts“.

Die Studie wird aufzeigen, daß trotz der vordergründig „zivilgesellschaftlichen“ und demokratischen Ausrichtung der Stiftung, deren Schirmherr kein geringerer als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse ist, sowohl das führende Personal, als auch deren bevorzugte Projekte und Initiativen eine mangelnde Distanz zu linksextremistischen Positionen aufweisen.

Berlin, im Januar 2004

2. Ideologische Grundlagen des „Kampfes gegen Rechts“

Um zu verstehen, warum im derzeitigen politischen Klima der Bundesrepublik eine von Verdacht und Gesinnungsschnüffelei geprägte Großwetterlage entstehen konnte und aus welchen Gründen deren Protagonisten anscheinend so unwidersprochen agieren können, seien an dieser Stelle kursorisch die ideengeschichtlichen Wurzeln sowie die jüngeren innenpolitischen Entwicklungen beleuchtet, welche den „Kampf gegen Rechts“ in seiner gegenwärtigen Ausprägung einerseits ermöglichen und andererseits legitimieren und plausibilisieren.

Die politische Linke speist sich auf theoretischer Ebene aus verschiedenen, nicht immer miteinander kompatiblen Ideologemen. Diese gehen auf die Ideen der Aufklärung zurück beziehungsweise sind deren Derivate und Interpretationen. Dazu gehören ursprünglich die auch dem Liberalismus zugrundeliegende Theorie des *Individualismus* sowie die Doktrin der ubiquitären Geltung der *Menschenrechte*.

Mit der Auflösung der traditionellen sozialen Bindungen, in denen der Einzelne bis zum Beginn der Moderne eingebettet war, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Sozialität neu. Der Individualismus gibt darauf eine Antwort. Er behauptet, daß jene Eigenschaft, welche jeden Menschen bisher als *einmalig* ausgezeichnet hat, nämlich seine Individualität in Bezug auf Gott und den Kosmos (definiert durch seine Stellung *in* der Gesellschaft), nun gerade das *Allgemeinste* sein soll, was die Menschen noch *vor* jeder Art von Aufnahme sozialer Bindungen und Beziehungen *als Menschen* qualifiziert. Hat man diese Konstruktion erst einmal akzeptiert, wird verständlich, daß auch die Rechtsbeziehungen der Menschen sich nicht mehr auf naturrechtliche Prämissen gründen lassen. Die Idee allgemeiner Menschenrechte reagiert genau auf dieses Problem der obsolet werdenden Vorstellungen naturrechtlicher Provenienz und attestiert den Menschen aufgrund ihrer vorgesellschaftlichen Uniformität eine Gleichartigkeit des für sie geltenden Rechts.

Auch wenn – historisch betrachtet – diese ursprünglichen Elemente durch die Karriere sozialistischer und kommunistischer Vorstellungen im linken Lager an Bedeutung verloren haben und zeitweise den „bürgerlichen“ Kontrahenten überlassen wurden, läßt sich in jüngster Zeit eine Rückbesinnung der Linken auf jene Positionen unter Stichworten wie „Neue Mitte“, *new labour* und so weiter verzeichnen.[7] Hinzu tritt mit dem Multikulturalismus ein weiterer, relativ junger Ansatz.[8] In Verbindung mit dem Linksliberalismus stellt er das theoretische Fundament einer Absage an die Vorstellung ethnisch homogener Nationalstaaten und

damit verbundener Konzepte wie etwa das *ius sanguinis* als Staatsangehörigkeitsrecht dar.

Wie alle ideologisierten Theorien basieren auch die oben aufgeführten letztlich auf einer jeweils zugrundeliegenden Paradoxie. Beim Individualismus besteht diese darin, daß die Forderung nach Individualität nur *durch die Gesellschaft* an den einzelnen herangetragen wird und dieser zu einer – wie immer im einzelnen genormten – Individualität, zu Biographie und Lebenslauf, *gezwungen* ist, will er nicht ein marginales Dasein fristen.[9] Menschenrechtsdoktrin und Multikulturalismus teilen mit allen Ansätzen universalistischen Zuschnitts das Problem, ihren *Allgemeinheits*anspruch von einem *besonderen* (historischen, sozialen) Beobachtungsstandpunkt aus formulieren zu müssen.[10] Über diese jeweils theorieimmanenten Probleme hinaus sind aber auch die einzelnen Ansätze untereinander nicht vollständig kommensurabel.[11]

Nun können politische Begriffe prinzipiell keinen Anspruch auf Wahrheit und Widerspruchsfreiheit in einem streng wissenschaftlichen Sinne erheben. Ihre Funktion, nämlich im Kampf um Partizipation oder Erhalt von Macht das Handeln von Menschen im jeweils gewünschten Sinne zu konditionieren, erfordert wesentlich eine polemische Verwendungsweise.[12] Für den Ernstfall (im Schmittschen Sinne) bedeutet dies, sie müssen sich einer Freund/Feind-Bestimmung subsumieren lassen. Genau diese Erfordernisse implizieren aber nicht *notwendigerweise* eine Kongruenz von politischem und wissenschaftlichem Bedeutungsgehalt eines Begriffes oder einer Theorie (was nicht ausschließt, daß dies unter günstigen Bedingungen der Fall sein kann).

Um hier etwaigen Begründungszumutungen zu entgehen, wird strategisch prominenten Begriffen im politischen Diskurs Wertcharakter zugeschrieben. Werte haben den Vorteil, daß ihre Geltung in der laufenden Kommunikation zunächst unthematisiert vorausgesetzt werden kann. Wer geltende Werte explizit thematisiert oder in Frage stellt, macht sich verdächtig beziehungsweise hat hohe Begründungslasten für sein Verhalten zu tragen, was wiederum die Motivationsschwelle für ein solches Handeln höher legt.[13]

Dies alles gilt selbstredend nicht nur für „linke“ Positionen, sondern für Begriffe und Denkfiguren jedweder politischer Couleur und entspricht insofern dem „normalen“ Gang der Dinge. Es findet im Zusammmenhang dieser Studie vor allem deswegen Erwähnung, um auf einer theoretischen Ebene verdeutlichen zu können, inwiefern sich der politische Alltag der Bundesrepublik von dieser Normalität entfernt hat:

In einer pluralistischen Demokratie ist *per definitionem* der Streit unterschiedlicher Ideen erlaubt (wenn nicht gar erwünscht). Der Wertepluralismus selbst kann dann nicht als ein Wert unter anderen angesehen werden, sondern ist als diesen Werten und ihren zugehörigen Ideologien übergeordnetes abstraktes *Prinzip* festgeschrieben. Beansprucht aber eine der unter diesem Primat rivalisierenden Ideologien, einziger Garant des Pluralismus zu sein beziehungsweise die

Bedingungen angeben zu können, unter denen dieser wirksam ist, dann ist die hierarchische Konstruktion der Nicht-Identität von Verfassung (beziehungsweise: Grundgesetz) und Politik ausgehebelt. Die Ideologie immunisiert sich selbst gegen Widerspruch und erhebt somit ihren Standpunkt zur universell gültigen Wahrheit. Die sie leitenden Werte können nicht mehr legitim hinterfragt werden. Jegliche Devianz wird zum „Tabubruch".

Für die Bundesrepublik Deutschland läßt sich nun zeigen, daß, spätestens mit der Machtübernahme durch die rot-grüne Regierung, dieser oben beschriebene Mechanismus des Kollabierens von ideologischer und verfassungsrechtlicher Ebene in Gang gesetzt wurde. Bereits seit den siebziger Jahren ist ein geistig-politischer Umbau im Gange, welcher sich in der bereits vielfach erwähnten Verschiebung vom antitotalitären zum antifaschistischen Konsens[14] äußert.

Ideologisch vollzieht sich dieser Wandel erstens durch die bereits erwähnte Hinwendung der Linken zum Sozialliberalismus mit seiner Betonung des Individuums und dessen „Recht auf Selbstverwirklichung". Gleichzeitig aber fordert man – zweitens – die Verwirklichung einer multikulturellen Gesellschaft. Daß beide Konzepte sich teilweise widersprechen, wurde bereits erwähnt. Der Multikulturalismus prägt sich in Deutschland darüber hinaus in einer ganz besonderen Variante aus. War er ursprünglich „antirassistisch" orientiert, wird er hierzulande, fast möchte man sagen, „anti-faschisiert". Dies liegt an einer gängigen, an marxistische Interpretationsmuster angelehnten Ableitung des „Faschismus" aus dem „Rassismus"[15] sowie dem immer noch vorhandenen (negativen) Letztbezug politischen Handelns auf das Dritte Reich als staatliche Inkarnation des „Faschismus".[16] Hierin dürfte letztlich auch der Grund zu sehen sein, warum es der extremen Linken gelingen konnte – und dies ist das dritte Charakteristikum des Wandels – mit ihren „antifaschistischen" Ideen und Methoden teilweise in die demokratische Linke zu diffundieren. Der Antifaschismus als kommunistisches Propagandainstrument der Stalinära postuliert vor allem die Wesensverwandtschaft von Faschismus und Kapitalismus, indem er den Faschismus als „letztes Stadium des absterbenden Imperialismus" identifiziert *(Dimitroff-Doktrin)*. Inwiefern sich diese These und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen im Einklang mit dem Selbstverständnis der Bundesrepublik und ihres Grundgesetzes befinden, sei der Beurteilung des Lesers überlassen.

Das eben beschriebene Ideenamalgam aus Linksliberalismus, Multikulturalismus und Antifaschismus hat das politische Handeln ernsthaft irritiert, wenn nicht gar dauerhaft verändert. Flankierend gesichert wird das ganze Unternehmen durch ein Instrument der Sprachnormierung und Sprachmelioration, die „politische Korrektheit".[17] Ähnlich dem Konzept der kulturellen Hegemonie geht man hierbei davon aus, daß sich über die Steuerung der Sprache auch das Denken (und Handeln) der Menschen in politisch gewünschter Weise beeinflussen läßt.[18]

Prominentes Beispiel in unserem Zusammenhang dürfte die bewußt beförderte semantische Verschleifung von „rechtsextremistisch" zu „rechts" sein. Neben

der Inkaufnahme einer impliziten Kriminalisierung *aller* sich rechts der Mitte definierenden Kräfte ist es auch gelungen, diesen Begriff zum absoluten Rejektionswert von „demokratisch“ zu stilisieren, so als wäre die Links/Rechts-Differenzierung als Schema der Positionierung politischer Kontrahenten nicht gerade eine Emanation der Demokratie.[19] In einem zweiten Schritt wird es dann unerheblich, wie die Inkriminierten sich selbst sehen. Es reicht die Fremdzuschreibung von „berufener Stelle“, um einen gesellschaftlichen Stigmatisierungsprozeß zu initiieren.[20] Auch hierfür lassen sich inzwischen etliche Beispiele anführen.[21]

Untermauert wird dieses Verfahren bekanntermaßen mit der – in der Wissenschaft alles andere als unumstrittenen – These des „Extremismus der Mitte“. Protagonisten sind nicht nur die einschlägig bekannten „Rechtsextremismusexperten“ Gessenharter, Benz und Butterwegge, sondern auch und vor allem das *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung* und der einflußreiche Jugendforscher Heitmeyer, welcher mit seinem Konzept der „rechtsradikalen Orientierungsmuster“ dieser Theorie Vorschub leistet.[22]

So war und ist beispielsweise von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) zu vernehmen, Rechtsextremismus sei kein Problem politischer Randexistenzen, sondern komme aus der „Mitte der Gesellschaft“.[23] Folglich müsse auch die Bekämpfung des Rechtsextremismus dort ansetzen. Solange an den „Stammtischen“, den „Vorstandsetagen“ und den „Vereinsheimen“ rechtes „Gedankengut“ vorherrsche, bekomme man „das Problem“ nicht in den Griff. Die grauenhaften Gewalttaten seien lediglich die Endglieder einer latenten gesellschaftlich dominierenden „rechten“ Einstellung.

Man erkennt beunruhigende Analogien zur Praxis diktatorischer Regimes. Auch diese neigen dazu, ihre repressiven Maßnahmen mit einem permanenten internen Bedrohungsszenario zu legitimieren.[24] Darf man aber aus diesen Beobachtungen sowie dem Faktum der Abkehr der Politik vom antitotalitären Konsens folgern, daß es sich beim „Kampf gegen Rechts“ um ein *totalitäres* Phänomen handelt?

Es ist sicherlich überzogen, die Bundesrepublik mit Diktaturen wie dem DDR-Regime *gleichsetzen* zu wollen. Es gibt weder eine Ein-Parteien-Herrschaft noch eine zentral gesteuerte Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Teilbereiche unter dem Primat einer politischen Doktrin.[25] Allerdings sind immer wieder Versuche einzelner Akteure und Gruppen zur Veränderung in besagte Richtung zu beobachten.[26]

Im folgenden soll nun an einem ausgewählten Beispiel gezeigt werden, wie sich diese undemokratischen Tendenzen in zunehmendem Maße auch auf personeller und institutioneller Ebene durch die Kollaboration von Politikern des demokratischen linken Spektrums mit Kräften aus dem linksradikalen Milieu manifestieren.

3. Struktur der Kampagne „Kampf gegen Rechts“

Im März 2001 nahm der Bundestag gegen die Stimmen der Unionsparteien einen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“[27] an. Der Antrag ermöglichte die Bereitstellung von Bundesmitteln für Initiativen und Projekte, die sich dem „Kampf gegen Rechts“ verschrieben hatten.

Am 14. Mai 2002 lieferte die rotgrüne Regierung einen Zwischenbericht „über die aktuellen Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“.[28] Dieser Bericht läßt keinen Zweifel an der „gesamtgesellschaftlichen“ Zielsetzung der Maßnahmen. Der „Kampf gegen Rechts“ wird zur „Auseinandersetzung mit jeglichen Feinden der Freiheit“ überhöht. Diese Auseinandersetzung sei „eine permanente Aufgabe aller demokratischen Kräfte“. Rechtsextremismus zeige sich „nicht zuletzt in den Einstellungsmustern und gesellschaftlichen Orientierungen, die aus diffusen Mentalitäten, emotionalen Relikten und Konstrukten des alltäglichen Lebens bestehen und sich mit rechtsextremistischen Ideologieelementen vermengen können.“

Der „Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ wird hierbei sogar „innenpolitische Priorität“ eingeräumt. Die vier tragenden Säulen einer solchen Ausrichtung seien die „Menschenrechtspolitik“, die „Stärkung der Zivilgesellschaft“, die „Förderung der Integration von Ausländern“ sowie „Maßnahmen, die auf die Täter und ihr Umfeld zielen“. Zur Menschenrechtspolitik gehört vor allem die „Menschenrechtserziehung“, so der Bericht. Unter „Stärkung der Zivilgesellschaft“ ist unter anderem das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zu finden.

Dieses Programm fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).[29] Ziel des Aktionsprogramms ist „die Stärkung der demokratischen Kultur bei jungen Menschen“.[30]

Unter dem Dach des Aktionsprogramms sind die drei Programme „Xenos – Leben und Arbeit in Vielfalt“, „Entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „Civitas – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ tätig. Diese drei Programme sollen im folgenden kurz dargestellt werden:

3.1 Xenos

„Mit Hilfe von *Xenos* (griech.: „der Fremde" beziehungsweise „der Gastfreund", d.V.) – *Leben und Arbeiten in Vielfalt* sollen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz bekämpft werden, vor allem in den Betrieben, bei der beruflichen Ausbildung und in den Schulen … ‚Das Programm geht davon aus, daß Toleranz und Achtung gegenüber Fremden wichtige Qualifikationen im Arbeitsleben sind.'"[31]

Aufgrund dieser Zielstellung konzentrieren sich dessen Aktivitäten vor allem auf Bildungseinrichtungen.

Gefördert werden von *Xenos:*

- „vor allem Projekte mit Arbeitsmarktbezug: Schulungen für Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben, die lernen sollen, mit Ausländerinnen und Ausländern aber auch mit Jugendlichen, die rechtsextreme Ansichten vertreten, umzugehen"
- „Praktika von Azubis oder Schülerinnen und Schülern aus Deutschland in Betrieben im Ausland"
- „Computerkurse für Zuwanderer"
- „Schulungen für ‚Konfliktmoderatoren', die an der Werkbank oder im Büro Streit schlichten können"
- „Kurse für Bus- und Straßenbahnfahrerinnen und -fahrer, die vermitteln, wie sie richtig und angemessen reagieren können, wenn Ausländer in öffentlichen Verkehrsmitteln angepöbelt oder bedroht werden".

Für *Xenos* stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) nach Angaben des Bundesjugendministeriums bis 2006 etwa 75 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel stammen aus dem Europäischen Sozialfonds. Sie werden noch einmal um die gleiche Summe durch nationale Mittel aufgestockt: Bund, Länder, Gemeinden und vor allem die Arbeitsverwaltung steuern diese Gelder bei. Programmverwaltung und Projektbetreuung werden von BMWA und BMFSFJ gemeinsam getragen.

Die Projekte finden in allen Bundesländern statt. „Betriebe und Berufsschulen sollen Orte der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit werden: Xenos fördert *workshops,* Projektarbeit und Schulungen", heißt es unter anderem in einer der zahlreichen Selbstdarstellungen des Aktionsprogramms. Und weiter: „Arbeitskreise und Fortbildungsveranstaltungen" sollen im Laufe des Förderzeitraums sicherstellen, daß sich die Projektträger untereinander vernetzen, ihre Erfahrungen austauschen und erfolgreiche Maßnahmen verbreitet werden. Der Förderzeitraum der Projekte liegt nach eigenen Angaben bei drei Jahren.

3.2 Entimon

Zielgruppen dieses Programms sind vor allem Kinder, Haupt- und Berufsschülerinnen und -schüler, „rechtsorientierte und gefährdete Jugendliche", Eltern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Jugendarbeit.[32] Besonderen Wert legt das Programm auf die lokale Arbeit – ein großer Teil der Mittel soll an kommunale Träger, gerade auch in „ländlichen Regionen", gehen.

Im Rahmen von *Entimon* (griech.: „Respekt" und „Würde"; d.V.) wurden für die Jahre 2002 und 2003 jeweils zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Gefördert wurden daraus unter anderem Projekte der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken", der Arbeiterwohlfahrt sowie der „Muslimischen Jugend in Deutschland e.V."[33]

3.3 Civitas

Dritter Schwerpunkt im „Kampf gegen Rechts" ist das Programm *Civitas* (lat.: „Bürgerschaft, Gemeinwesen"). Das im Jahr 2001 und 2002 mit 15,1 Millionen Euro geförderte Programm unterstützte im Jahr 2002 allein 440 Projekte und Initiativen.[34] *Civitas* unterstütze „die Wirksamkeit und Stärkung der Selbsthilfe zivilgesellschaftlicher Strukturen, von denen sowohl der aktuelle als auch der zukünftige Erfolg der Demokratisierung vor Ort abhängt".

Das Programm will „ziviles Engagement und demokratische Prozesse"[35] stärken. Insbesondere lokale Initiativen von „engagierten Jugendlichen und Erwachsenen, die das demokratische Gemeinwesen gestalten und die Verantwortlichkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vor Ort entwickeln", sollen unterstützt werden.

Die Auflistung der im Jahr 2002 seitens *Civitas* geförderten Programme[36] läßt breiten interpretatorischen Spielraum, auch was deren „Zielgruppen" anbelangt, wie die nachfolgenden Beispiele belegen:

- Der Antragsteller „Pfeffer und Salz e.V." wird als Förderprojekt 1.2.3.1 (Austausch und Vermittlung von Erfahrungen) für die Durchführung eines Aktionstages „Gegen Ausgrenzung und Diskriminierung" unterstützt. Zielgruppe dieser Aktion sind „Alle nicht rechten Jugendlichen der Region, die gegen den rechten Mainstream sind" sowie Asylbewerber im Land Brandenburg.
- Die „Europäische Integration Berlin-Brandenburg e.V." bekam ein Konzert „Rock gegen Gewalt" mitfinanziert. Zielgruppe dieser Maßnahme waren „Jugendliche".
- „Bunte Kuh e.V." führte mit Civitas-Unterstützung ein „antirassistisches Straßenfest" durch, dessen Zielgruppe sich aus „Jugendlichen, jungen Erwachsenen" und „Multiplikatoren" zusammensetzte.
- Die „Kreuzberger Musikalische Aktion" führte ihr „Rock gegen Rechts"-Kon-

zert mit Mitteln von *Civitas* in Wittstock durch. Zielgruppe waren „Jugendliche in der Region".

Aber auch Initiativgruppen mit eindeutig extremistischer Zielsetzung beziehungsweise mit offen extremistisch agierenden Referenten wurden von *Civitas* im Jahr 2002 gefördert, wie folgende Beispiele belegen:

- Unter Programmpunkt 1.2.4 ist das „antrassistische Pfingstcamp" der Gruppe „Jungdemokraten/Junge Linke" (JD/JL) Brandenburg zu finden. Diese Gruppierung taucht im *Bundesverfassungsschutzbericht* des Jahres 1999 auf.[37] Dort heißt es, die JD/JL seien ständige „Partner von Linksextremisten in Aktionsbündnissen, aber auch bei militanten Störungen staatlicher Veranstaltungen" dabei. Der Verband sei „ideologisch nicht homogen; in ihm existieren nebeneinander marxistische, marxistisch-leninistische, antideutsche beziehungsweise antinationale, autonome und anarchistisch-libertäre Ansätze und Strömungen des Linksextremismus". Allen gemeinsam sei aber die „Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung". Als Hauptfelder der von *Civitas* bedachten JD/JL werden „Antifaschismus, Antimilitarismus und staatliche Repression" angegeben. Hierzu bieten die JD/JL spezielle „Aktionscamps" an.[38] Bundesweit bekannt wurden die JD/JL besonders durch ihre Störungen des Bundeswehrgelöbnisses am 20. Juli 1999 in Berlin, aber auch durch die vorherige „Besetzung" eines Berliner Kreiswehrersatzamtes.
- In Sachsen-Anhalt wurde 2002 der Verein „Miteinander e.V." für die „mobile Beratung rechtsextremer Gewalt"[39] unterstützt. Dort arbeitete bis zum August des Jahres 2002 Torsten Hahnel, ein polizeibekannter Linksextremist aus Halle, als Referent.[40] Für den Verein setzte er sich gerne in Szene. So trat er in einer Sendung des ARD-Magazins *Panorama* auf, um gegen die im Jahr 2002 diskutierten Mittelkürzungen von Miteinander e.V. zu protestieren. Gegen Hahnel wurde im gleichen Jahr ermittelt, weil er an einer Art Rollkommando beteiligt gewesen sein soll, das einen als „rechts" geltenden Textilienladen in Halle überfiel. Bei diesem Überfall wurde der Besitzer des Geschäfts durch einen gezielten Flaschenwurf leicht verletzt. Er konnte während der kurz darauf folgenden polizeilichen Vernehmung Hahnel als Werfer identifizieren. Hahnel selbst streitet dieses bis heute ab. Der Werfer konnte somit bislang nicht ermittelt werden. Der Anwalt des Opfers beantragte mittlerweile die Wiederaufnahme der Ermittlungen. Wenige Tage nach Einstellung des Verfahrens endete Hahnels Beschäftigung als Referent für den umstrittenen Verein „Miteinander e.V.". Hahnel, der bis 2001 auch für die grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung (deren Grundwertekanon neben Ökologie und Solidarität auch jene der Demokratie und der Gewaltfreiheit enthält) tätig war, ist in Halle sowohl als „Antifa-Fotograf" bei Aufmärschen der NPD und den sogenannten „Freien Kameradschaften", als auch als Anmelder von Antifa-Demonstrationen bekannt.

Das finanzstarke Programm *Civitas* wird sowohl von der Stiftung Demokratische Jugend,[41] als auch von der Amadeu Antonio-Stiftung umgesetzt. [42]

Die Amadeu Antonio-Stiftung ist „wesentlich an der inhaltlichen Gestaltung des Programms *(Civitas)* beteiligt".[43] Grund für diese Einbeziehung in die Arbeit seien „die Erfahrung als Kompetenzzentrum in den Bereichen Rechtsextremismus, zivilgesellschaftliche Initiativen, interkulturelles Lernen und Minderheitenschutz". In diesem Zusammenhang weist die Amadeu Antonio-Stiftung immer wieder „auf den hohen Mittelbedarf für konkrete Strategien gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung einer demokratischen Kultur in Gesellschaft und Gemeinwesen" hin. Als Erfolg verbucht die Amadeu Antonio-Stiftung, daß das Gesamtvolumen des *Civitas*-Programms 2002 auf zehn Millionen Euro verdoppelt wurde.

4. Die Amadeu Antonio-Stiftung

„Die Amadeu Antonio-Stiftung wurde gegründet, um eine zivile Gesellschaft zu fördern, die den Gefährdungen der Demokratie entgegentritt, und um den uneingeschränkten Schutz von Minderheiten einzufordern", heißt es in einer Selbstdarstellung.[44] Die Amadeu Antonio-Stiftung ist eine Einrichtung, die den „Kampf gegen Rechts" sowie die Mittelverteilung und -verwendung beim Aktionsprogramm *Civitas* mitkoordiniert. Die Stiftung ermögliche der Zivilgesellschaft „wie im Fall des Programms *Civitas,* durch eine Institution wie der Amadeu Antonio-Stiftung eine Partnerschaft zwischen privatem, gesellschaftlichem und staatlichem Handeln einzugehen", so die Vorstandsvorsitzende Anetta Kahane im Editorial des Geschäftsberichts 2001[45] der Stiftung. Weiterer Zweck der Stiftung sei, die bislang von den Programmen des Bundesjugendministeriums geförderten Projekte nach Abschluß der Modellphase weiterzufördern. „Rechten Kräften" solle durch die Stärkung des „demokratischen Klimas" in den Kommunen die Grundlage entzogen werden.

Die Stiftung habe „durch *Civitas* und durch ihre eigenen Projekte Gestaltungsmöglichkeiten und Einblick in ein großes und breites Feld unterschiedlichster Initiativen und Projekte" – so die Selbsteinschätzung von Kahane.

Mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse als Schirmherr sowie Karl Konrad Graf von der Groeben als Stifter hat die Einrichtung zwei weitgehend unangreifbare Aushängeschilder, welche die Amadeu Antonio-Stiftung bislang vor öffentlicher Kritik bewahrte.

4.1 Amadeu Antonio

Die Amadeu Antonio-Stiftung (im Folgenden auch: „AAS") wurde 1998, also bereits zwei Jahre vor dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgerufenen „Aufstand der Anständigen", gegründet. Sie ist benannt nach dem angolanischen Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa, der im November 1990 in Eberswalde nach einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit brandenburgischen Skinheads nicht mehr aus dem Koma erwachte und verstarb.[46] Er gilt als das „erste Todesopfer rechter Gewalt" nach der Wiedervereinigung und fungiert dementsprechend als eine Art Märtyrerfigur für antifaschistische Kreise. Seine Witwe sowie der nach seinem Tod geborene Sohn Amadeu Antonio Jr. leben heute noch in Eberswalde.[47]

4.2 Struktur der Stiftung

Rechtsform
Die Stiftung selbst ist eine gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts. Sie wird durch die Stiftungs- und Fördergemeinschaft Modellprojekte (SFGM) in Heidelberg verwaltet.[48]

Der Stifter
Karl Konrad Graf von der Groeben stellte der Amadeu Antonio-Stiftung das Startkapital zur Verfügung. Er lebte während des Dritten Reiches auf seinem Gut in Ostpreußen und hatte Kontakt zu den Männern des Widerstandes des 20. Juli 1944. Sein Vermögen schuf er durch den Erwerb einer Lizenz für Produkte des US-Konzerns Coca-Cola.[49] Seit vier Jahren ist er Vorsitzender des Kreises der Freunde und Förderer der Stiftung und Mitglied im Stiftungsrat. 2001 bot er an, der Amadeu Antonio-Stiftung eine Million DM zu stiften, falls diese eine weitere Million sammle. Von der Groeben rief vier Stiftungen ins Leben. So fördert beispielsweise die nach ihm benannte Groeben-Stiftung in Deutschland lebende Muslime.

Von der Groeben selbst äußert sich – im Gegensatz zur Vorstandsvorsitzenden der Amadeu Antonio-Stiftung, Anetta Kahane – stets bedacht und moderat, wenn es um seine politischen Vorstellungen geht. So sagte er beispielsweise in einem *Stern*-Interview vom 9. Januar 2003, er würde niemandem seinen Nationalstolz ausreden wollen. Der Begriff „Nation" habe für ihn einen großen Wert. Schon seine Familie habe „viele Jahrhunderte" dem Staat Preußen gedient, so von der Groeben im *Stern*-Interview.[50]

Der Schirmherr
Als Schirmherr der Stiftung fungiert Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. In der Selbstdarstellung der Stiftung wird Thierse als „unverzichtbarer Partner" in den „Bemühungen zur Stärkung einer demokratischen Kultur und der Bekämpfung des Rechtsextremismus" bezeichnet. Er selbst unterstützt zahllose Projekte des „Kampfes gegen Rechts" und verschafft in seiner Funktion als Parlamentspräsident dem Thema permanent Öffentlichkeit. Im Oktober 2002 äußerte er, daß nach seiner „Beobachtung (…) Ausländerfeindlichkeit, autoritäre sowie antisemitische Einstellungen Teil des Alltagsbewußtseins der Menschen geworden"[51] seien. Unermüdlich betonte er die gesamtgesellschaftliche Ausrichtung des „Kampfes gegen Rechts" und trat in diesem Zusammenhang immer wieder an die Öffentlichkeit.

Die von ihm unternommenen Diskussionsbesuche bei Jugendgruppen in Mitteldeutschland glichen eher Truppenbesuchen als zivilgesellschaftlichen Erfahrungsaustauschen. Nicht selten waren Mitglieder der autonomen Antifa mit von der Partie. Thierse stellt im reinsten Antifa-Jargon selbst fest: „Jedes Scheitern

einer demokratischen Initiative gegen Rechts ist eine Ermunterung für die rechte Szene“.[52]

Aufschlußreich sind die Angaben auf Thierses Homepage bezüglich seiner Informationsquellen für den „Kampf gegen Rechts“. Dort findet sich ein Verweis auf den tendenziösen „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus“ (IDGR), welcher sich wiederum fast ausschließlich aus Informationen des SPD-eigenen Magazins *Blick nach Rechts* sowie Daten des linksradikalen Antifa-Journalisten Gernot Modery (Pseudonym: Anton Maegerle) speist. Im Register des IDGR finden sich neben Rechtsextremisten und Neonazis zahlreiche konservative Politiker und Wissenschaftler, wie beispielsweise der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer oder der Bonner Politikwissenschaftler und Extremismusexperte Hans-Helmuth Knütter.

Die Vorstandsvorsitzende

Als bester Beleg für die These einer personellen Verflechtung von demokratischen und nicht-demokratischen Strukturen kann die hauptamtliche Vorsitzende der Amadeu Antonio-Stiftung, Anetta Kahane, dienen. Die heute 49-Jährige ist in Indien, Lateinamerika und Ost-Berlin aufgewachsen. Sie war eine der wenigen Privilegierten, die zu Zeiten der DDR in Rostock ein Studium der Lateinamerika-Wissenschaften absolvieren konnte. Auch ein Auslandsaufenthalt in Sao Tomé wurde ihr ermöglicht. Diese Bevorzugung dürfte nicht unwesentlich mit Kahanes Tätigkeit für den Überwachungsapparat der Staatssicherheit zwischen 1974 und 1980 in Zusammenhang stehen, bei welcher ihr die Bespitzelung ihres persönlichen und beruflichen Umfeldes oblag.[53]

Im Jahr 1990 wurde sie die erste und letzte Ausländerbeauftragte für Ost-Berlin, doch ihre Arbeit endete mit der Wiedervereinigung.

Kahane war die Wunschkandidatin der Berliner PDS für die Nachfolge der Ausländerbeauftragten Barbara John. Sie kennt keine Berührungsängste zu Linksextremisten. Zum Beleg dieser Behauptung mag der Umstand dienen, daß Kahane als mögliche Kandidatin von Berlins Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) ins Gespräch gebracht wurde. Knake-Werner ist ehemalige Funktionärin der linksextremistischen und ehemals ostfinanzierten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).[54]

Kahane tritt auch bei der Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus (LAG-Antifa) des Verdi-Funktionärs Angelo Lucifero auf. Lucifero war unter anderem für die hessische Landesarbeitsvereinigung der orthodox-kommunistischen „Vereinigung Verfolgter des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) tätig und schrieb für die linksextremistischen *Antifaschistischen Nachrichten*. Wegen der extremistischen Umtriebe waren nicht nur der aus Sizilien stammende Lucifero, sondern auch dessen Gewerkschaftskollege Frank Spieth (der übrigens ebenfalls im Programmbeirat von *Civitas* vertreten ist) sowie die Mitarbeiterin des DGB-Bildungswerkes und Vorsitzende des Thüringer Flüchtlingsra-

tes Julika Bürgin im Visier des Landesamtes für Verfassungsschutz. Diese „Thüringen-Connection“, bestehend aus örtlicher Antifa, Gewerkschaften und Flüchtlingsrat, residiert in enger Nachbarschaft in der Erfurter Warsbergstraße 1.[55] Verschiedene Projekte dieser Hausgemeinschaft werden mit Mitteln aus *Civitas* und Amadeu Antonio-Stiftung bedacht.

Anetta Kahane, die „Handlungsreisende gegen Rechts“, wurde bereits mit Auszeichnungen bedacht. So bekam sie den „Moses-Mendelssohn-Preis zur Förderung der Toleranz“ als Auszeichnung für ihr Engagement.[56] Weiter ist sie Trägerin der Hermann-Tempel-Medaille der ostfriesischen SPD. Diese Auszeichnung ist nach dem SPD-Reichstagsabgeordneten Hermann Tempel benannt, der 1944 nach Haft und Verfolgung durch die Nationalsozialisten starb.[57] Seit 1. September 2003 ist Kahane „erste hauptamtliche Vorsitzende“ der AAS.[58]

Der Stiftungsrat

Im Stiftungsrat werden Entscheidungen über größere Förderanträge gefällt, sowie die grundsätzlichen Förderrichtlinien vereinbart.[59] In ihm sind neben Karl Konrad Graf von der Groeben die Journalistin Andrea Böhm, die Vorsitzende des „Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Sanem Kleff, die ehemalige Eberswalder Polizeipräsidentin Uta Leichsenring sowie der Vize-Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Rupert Graf Strachwitz, vertreten.

4.3 Partner und Förderer

Ein wichtiger Förderer der Amadeu Antonio-Stiftung ist die Freudenberg-Stiftung in Weinheim. Der Schwerpunkt der Freudenberg-Stiftung liegt in der Förderung von Minderheiten und Migranten. Sie berät die Amadeu Antonio-Stiftung vor allem in stiftungspolitischen Fragen.[60]

Ein weiterer Partner der Amadeu Antonio-Stiftung ist die Wochenzeitschrift *Stern*. Das Magazin verhalf durch deren Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“ der Stiftung zu bundesweiter Bekanntheit. Durch diese erhielt die Stiftung bislang über eine Million Euro, welche wiederum gezielt in Initiativen flossen. Auch die Künstlerinitiative Udo Lindenbergs, „Rock gegen Rechte Gewalt“, unterstützte diese Kampagne. Seit Oktober 2002 fördert der *Stern* eine Online-Redaktionsstelle bei der Amadeu Antonio-Stiftung.[61]

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert der Stiftung eine Personalstelle zur Beratung von lokalen Initiativen.[62]

Unter den Spendern und Sponsoren der Amadeu Antonio-Stiftung sind unter anderem die Expo 2000 Hannover GmbH, der umstrittene Reichstagskünstler Hans Haacke, der Komiker Ingo Appelt, die Gothaer Versicherungen, Monika Kruse von der Techno-Initiative *No Historical Backspin,* die Thyssen Krupp

Enoke GmbH, der *Zeit*-Verlag in Hamburg sowie die Universität Duisburg vertreten.[63]

Nach eigenen Angaben förderten zahlreiche Sportler, Künstler und Unternehmen die Amadeu Antonio-Stiftung.

Rock gegen Rechte Gewalt

„Ich bezahl' doch mit meinem Steuergeld nicht Politiker, Juristen, Bürgermeister und Polizisten, damit die im Ex-Land der KZs Mord und Totschlag auf andere dulden und ohnmächtig zuschauen, wie sich rechtsradikale Gehirntote in zunehmendem Maße in Szene setzen und Gewalt ausüben. Es reicht ja schon, wenn du ein bißchen punkig-bunte Haare hast, schwul bist, 'n Hut trägst, 'ne linke Gesinnung hast, Rollstuhl fährst, HipHop magst u.ä. – vom Ausländersein ganz zu schweigen." So zumindest lautet die Analyse von Udo Lindenberg, der seit Anfang 2001 mit seiner Initiative „Rock gegen rechte Gewalt" gemeinsam mit anderen Künstlern Konzerte veranstaltet.[64]

Neben Udo Lindenberg traten unter anderem noch die Formation Brothers Keepers, Orange Blue, Xavier Naidoo, Ingo Appelt, Knorkator, Nena, Joachim Witt, Peter Maffay, Heinz-Rudolf Kunze, Nina Hagen, Scooter, Ron Williams und die Prinzen auf. Mit den Erlösen der Tour wurden Projekte der Amadeu Antonio-Stiftung unterstützt.[65]

Die Amadeu Antonio-Stiftung war bei „Rock gegen rechte Gewalt" „Konzertbegleiterin" und „Vermittlerin zwischen Musikerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Projekten". Des weiteren erfreut sich die Veranstaltungsreihe zahlreicher prominenter Sponsoren aus Wirtschafts- und Medienkreisen. Zu nennen sind hier der *Stern,* VW, Bertelsmann, Step 21, Deutsche Telekom, RTL, wissen.de, BMW, Sparkasse Leipzig, Reudnitzer Brauerei Leipzig, Konzertagentur ACE Concerts & Events Frankfurt/Main.

Vor allem das führende Engagement der Gruppe Brothers Keepers läßt Zweifel an einer tatsächlich „zivilen", gewaltverneinenden Ausrichtung aufkommen. Bekannt wurde die aus mehreren schwarzen Musikern bestehende Formation vor allem durch ihr Stück „Adriano (Letzte Warnung)". Der Refrain des Liedes lautet:

> „Dies ist so was wie eine letzte Warnung
> Denn unser Rückschlag ist längst in Planung
> Wir fall'n dort ein, wo ihr auffallt
> Gebieten eurer braunen Scheiße endlich Aufhalt
> Denn was ihr sucht ist das Ende
> Und was wir reichen sind geballte Fäuste und keine Hände
> Euer Niedergang für immer.
> Und was wir hören werden ist euer Weinen und Euer Gewimmer"[66]

Weiter heißt es bei „Adriano":

> „Ich sage K, sage Z, sage Nazis rein
> Ich will nicht labern, denn ich kenn' mein Vaterland

Macht es mich krank wie Masern verspür' ich Tatendrang
Ich fühle mich eingeengt und will statt Prominenz
Und statt großer Fans
Nazis die wie Poster hängen"

Man muß bei diesem Elaborat keine tiefgehende Textexegese betreiben, um hier gewaltakzeptierende und menschenverachtende Aussagen aufzuspüren. Der offenbare Rekurs auf die geschichtlich diskreditierte Internierungsform des Konzentrationslagers als Unterbringung für politisch Andersdenkende sowie der geäußerte Wunsch, diese zu exekutieren, dürften – unter spiegelverkehrten politischen Vorzeichen – den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen und dementsprechend juristisch verfolgt werden.[67]

Mit der ebenfalls in diesem Lied vorkommenden Zeile

„Konservative Leitkultur hat's für die Rechten klar gemacht"

greifen sie darüber hinaus die von Unions-Politikern initiierte Leitkulturdebatte auf und setzen mit künstlerischen Mitteln die These des „geistigen Brandstiftertums" um.

Nach dem Erfolg von „Adriano" initiierten die Brothers Keepers gemeinsam mit der Amadeu Antonio-Stiftung eine „Schultour", die vom 15. bis 19. April des Jahres 2002 stattfand. Jeweils zwei Mitglieder der Brothers Keepers besuchten hierbei Schulklassen, um über den „alltäglichen Rassismus" und „rechte Gewalt" zu diskutieren.[68] Das pädagogische Signal, das von der Teilnahme der Mitglieder der Gruppe an derartigen Veranstaltungen ausgeht, ist fatal: Es löst das sich für die Jugendlichen ergebende Paradox, welches in der Forderung besteht, das Gewaltnegationspostulat mit gewalttätigen Mitteln durchzusetzen, durch die Einführung des politischen Indikators auf: Illegitim ist rechte Gewalt, legitim dagegen alles, was deren (auch gewalttätiger) Bekämpfung dient. Das Gegenteil von rechts ist links, ergo ist linke Gewalt legitim.

Am 30. Januar 2002 fand nach dem Erfolg der HipHop-Tour und, ebenfalls unter Mitwirkung besagter Band, eine „Alternative Tournee" unter dem Motto „Laut gegen rechte Gewalt" statt. Als großen Erfolg betrachteten es die Intitiatoren der Amadeu Antonio-Stiftung, daß eine „antirassistische Schülergruppe" aus Stadtroda auf der Bühne über ihre Aktivitäten berichten konnte. „Die Initiative tauscht Wertgutscheine für Flüchtlinge in Bargeld ein und engagiert sich so gegen Diskriminierung im Alltag." Was hier von staatlich unterstützter Stelle als Erfolg verbucht wird, verstößt gegen geltendes Recht. Dies bedeutet letztlich, der Staat fördert Projekte, welche seine eigene Gesetzgebung bewußt zu unterlaufen trachten. Es zeigt sich hier erneut das Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität bei der Umsetzung der Programme.

No Historical Backspin

Die Initiative *No Historical Backspin* thematisiert nach eigenen Angaben „rechte Tendenzen" innerhalb der Technoszene. Im Jahr 2001 sammelte die Initiative auf

einer Tour 40.000 Euro für die Amadeu Antonio-Stiftung. Im Frühjahr 2002 starteten die „DJs der elektronischen Musik gegen Rassismus, Gewalt und Intoleranz" mit einer neuen Tour, bei der die Initiatorin Monika Kruse unter anderem die DJs Tanith und Mijk van Dijk präsentieren konnte.[69]

Ob es dem Projekt ihrer offiziellen Darstellung entsprechend nur um eine (reaktive) „Thematisierung" oder aber um eine aktive Politisierung der traditionell apolitischen Technoszene geht, ist eine offene Frage. Fest steht, daß alle bisherigen „Rave gegen Rechts"-Projekte an zu geringem Interesse innerhalb der Szene scheiterten. Wie aus einem Interview mit der Gründerin Monika Kruse und dem DJ Doorkeeper hervorgeht, kam die Idee zur Gründung von *No Historical Backspin,* als Doorkeeper im Zentrum für Demokratische Kultur „Techno-Tracks, die *vocals* mit rechten Inhalten enthielten" vorgespielt wurden. In diesem Zusammenhang spricht er auch vom Land Brandenburg als dem „braunsten Fleck Erde in Deutschland".[70]

Beat the Fascist Insect

Auch diese Initiative fordert zur Unterstützung der Amadeu Antonio-Stiftung auf. Ihr Ziel sieht sie in der Förderung von „Toleranz, Offenheit und Individualität". Die Initiative wolle aber auch feiern, „daß das Gute die Oberhand behält". Wie sich diese Zielgebung mit der Gestaltung ihrer Internetpräsenz, welche eine braune Küchenschabe als Symbolisierung des politischen Feindes zusammen mit der Aufforderung der „Zerschlagung des faschistischen Insekts" zeigt, vereinbaren läßt, bleibt unerklärlich.

Staatssekretärin Marieluise Beck reagierte überrascht, als sie während einer Bundestagsdebatte vom Fuldaer CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann mit dem Verein und dessen Auftreten konfrontiert wurde und bezeichnete „diese Art, Menschen mit Tieren zu vergleichen" als „vollkommen unakzeptabel." Dies bewege sich nicht mehr „in der Bandbreite von zivilgesellschaftlichem und demokratischen Verhalten".[71] Nichtsdestotrotz erfreut sich *Beat the Fascist Insect* einer breiten und prominenten Unterstützerszene, angefangen von der Virgin Schallplatten GmbH & Co. KG bis zum Londoner Musiksender MTV.

Die anderen angemahnte Offenheit scheint sich dem Selbstverständnis der Gruppe nach nicht auf das eigene Finanzgebaren zu erstrecken. Trotz der Ankündigung, auf der Webseite über Spendenvolumen, Kalkulation und Geldfluß stets zu informieren, sucht man diese Informationen dort vergebens.[72]

Zentrum Demokratische Kultur

Das Zentrum Demokratische Kultur residiert in der Chausseestraße 29 in Berlin. Es wird seitens der AAS als ihr „operativer Arm" und Förderschwerpunkt bezeichnet.[73] Das Zentrum sieht sich als „Zentrales Kompetenzzentrum für die inzwischen zahlreichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland". Es bietet folgende Arbeitsbereiche an:

- *Community Coaching,* ein Beratungs- und Dienstleistungsangebot für Kommunen, Schulen, Jugendzentren, lokale Politik und Verwaltung
- Informationszentrum inklusive Archiv, in dem „ausgewählte Primär- und Sekundärquellen zum Thema Rechtsextremismus gesammelt und ausgewertet werden“
- „Informations- und Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus“
- eine Schriftenreihe mit dem Namen *Bulletin.* Diese Publikation soll als „Handreichung für Lehramt, Verwaltung, Polizei und Jugendsozialarbeit mit Analysen zum Thema Rechtsextremismus“ dienen.
- „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“
- „Exit-Deutschland“, ein Aussteigerprojekt für die „rechtsextreme Szene“. Bis zum Ende des Jahres 2001 seien mit Hilfe von „Exit“ 26 Personen aus der Szene ausgestiegen. Dieses Projekt wurde durch die Amadeu Antonio-Stiftung mit 160.000 Euro gefördert.

Leiter des Zentrums Demokratische Kultur ist Bernd Wagner. Wagner gilt heute als „herausragender Experte für die rechtsextremen Subkulturen in den neuen Ländern“[74] und bekam für seine „Arbeit“ 1999 die Theodor Heuss-Medaille verliehen. Einer der Schwerpunkte von Wagners Arbeit im Zentrum Demokratische Kultur ist die „Erziehung zur Demokratie“.

Der Kriminologe lernte – ähnlich wie Anetta Kahane – sein Handwerk in der DDR. Bereits in seiner Zeit als Oberstleutnant der Volkspolizei war er für die Beobachtung der rechtsextremistischen Szene in der DDR verantwortlich. Doch da es diese nach offizieller Staatsdoktrin im Arbeiter-und-Bauern-Staat theoretisch gar nicht geben konnte (und daher auch nicht geben durfte), fanden Wagners Aufforderungen an die zuständigen DDR-Staatsorgane kein Gehör. Nach der Wende war er bis 1991 Leiter des kriminalpolizeilichen Staatsschutzes in den fünf neuen Bundesländern.

Heute vertritt er vehement die These einer rechtsradikalen Dominanz der Alltagskultur in Mitteldeutschland, auf die mit gesamtgesellschaftlich breiten Maßnahmen geantwortet werden müsse. So sagt er, daß die „Gewalt der Rechten“ in einer breiten Gesellschaftsschicht in Mitteldeutschland „zwar abgelehnt“, deren politische Inhalte „aber gutgeheißen“ würden. Völkisch-rassistisches Denken sei „ein deutsches Kontinuum, das sich durch aktuelle Problemlagen immer wieder revitalisiert, insbesondere seit der Wiedervereinigung.“[75] Im Gespräch mit dem linkslastigen *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung* (DISS) wurde Wagner noch deutlicher und formulierte: „Der Flickenteppich rechtsextremer Ideologie lebt im Volke, militante und uniformierte Gruppen sehen sich als legitimierte Vollstrecker“. Auch dies ist eine Variante des Theorems eines „Extremismus der Mitte“.

4.4 Ausgewählte Beispiele der von der Amadeu Antonio-Stiftung geförderten Initiativen und Projekte

Insgesamt nahm die Amadeu Antonio-Stiftung im Jahr 2001 1.152.162,01 Euro an Spenden ein. 427.156,11 Euro bekam sie an Zuschüssen sowie 72.404,70 Euro an Zinserträgen.

Die Höhe der Projektzuwendungen betrug im Jahr 2001 insgesamt 1.144.904,13 Euro. Für den Zeitraum des Jahres 2003 lag bis zum Abschluß der Arbeit an dieser Studie noch kein Jahresbericht vor. Der Internetauftritt der AAS berichtet jedoch von „mehr als 70“ geförderten Projekten der Jahre 2002/2003. Ferner sind über 120 Projekte aufgelistet, welche mit „kleineren“ Beträgen kofinanziert wurden.[76]

Die folgende Aufstellung enthält eine Auswahl der geförderten Projekte, Initiativen und Organisationen, bei denen sich Verbindungen zum linksextremistischen Spektrum nachweisen lassen.

Aktion Zivilcourage Pirna

Fördersumme (2001): 1000 Euro für das Projekt *Das sieht verboten aus*.
Förderungszweck: Hiermit soll eine „bestehende Lücke der Information über rechtsextreme Zeichen geschlossen werden“.
Anmerkungen: Als Indiz für Verbindungen dieser Initiative zum linksradikalen Milieu kann ein Verweis auf deren Internetpräsenz zum linksextremistischen Publikationsorgan *Der Rechte Rand* gelten.

Alternatives Jugendzentrum, Dessau (AJZ)

Fördersumme (2001): 2500 Euro
Förderungszweck: Nicht bekannt
Anmerkungen: Das AJZ begreift sich als eine „Anlaufstelle für alternative Jugendliche“. Arbeitsschwerpunkt des Jugendzentrums sei die „schulische und außerschulische Jugendbildungsarbeit zum Thema Nationalsozialismus“. So organisiert man unter anderem „Seminare und Projektwochen für Schulen und Jugendeinrichtungen in Dessau und Umgebung“.[77]

Auch diese Einrichtung ist eng mit der bundesdeutschen autonomen und linksextremistischen Szene verzahnt. So ist unter derselben Adresse (Schlachthofstraße 25, Dessau) auch der Infoladen „Volk und Wissen“ zu finden, den die „Antifa Dessau“ stets als Adreßanschrift angibt. Auch die bereits erwähnte extremistische „Rote Hilfe“ nutzt diese Anschrift.

Am 1. April 2003 wurde das AJZ von der Polizei durchsucht. Die Razzia stand im Zusammenhang mit einem Verfahren nach §129a StgB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen das terroristische „Kommando Freiheit für alle politischen Gefangenen“, dem mehrere Brandanschläge zugerechnet werden.[78] Seit

Ende Oktober findet – von der Öffentlichkeit weithin unbemerkt – in Halle/Saale ein Prozeß gegen drei mutmaßliche Mitglieder dieses Kommandos statt. Ihnen werden unter anderem Aktivitäten zur Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes der politischen Verhältnisse der Bundesrepublik vorgeworfen.

Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg (AgiP), Berlin

Fördersumme (2001): 850 Euro
Förderungszweck: Zur Installation einer Gedenktafel für Angehörige der Widerstandsgruppe um den jüdischen Kommunisten Herbert Baum. Baums letzte Aktion war 1942 ein Brandanschlag auf eine antisowjetische Ausstellung in Berlin.[79]
Anmerkungen: Die AgiP ist der klassischen autonomen Antifa zuzuordnen. Sie kooperiert eng mit den Antifa-Gruppen anderer Berliner Stadtbezirke.[80]

Antifaschistische Hochschulgruppe Jena

Fördersumme (2001): 950 Euro
Förderungszweck: Aus Mitteln des Magazins *Stern* wurden unter anderem gefördert: „... eine Veranstaltung anläßlich einer Demo gegen Gewalt und Extremismus, Recherche, Öffentlichkeitsarbeit und eine Veranstaltung im Rahmen einer Kampagne zur Aufklärung über die Tätigkeit eines Hochschulprofessors im rechten Spektrum."[81]
Anmerkungen: Mit dem letzten Punkt ist die Diffamierungskampagne gegen Günther Zehm (alias „Pankraz") und dessen publizistische Tätigkeit für die konservative Berliner Wochenzeitung *Junge Freiheit* gemeint. Zehm war von 1977 bis 1989 stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung *Die Welt*. Nach der Wiedervereinigung erhielt er eine Professur für Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Die Tatsache, daß Zehm bereits zu DDR-Zeiten mehrere Jahre in politischer Haft saß, bevor er vom Westen „freigekauft" wurde, verleiht der Antifa-Kampagne eine besondere Brisanz. Der Versuch einer öffentlichen Desavouierung Zehms mißlang jedoch, da sich ein Großteil der Kollegen hinter den streitbaren konservativen Professor stellte.

apabiz – antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.

Fördersumme (2001): Nicht bekannt
Förderungszweck: Nach eigenen Informationen informiert apabiz seit 1991 über Entwicklungen auf der „extremen Rechten". Die Amadeu Antonio-Stiftung fördert apabiz vor allem wegen seiner „Fortbildungsmodule", beispielsweise zum Themenbereich Rechtsrock.
Anmerkungen: Tatsächlich bietet apabiz Dutzende von Seminaren, *workshops* und Vorträgen an. Was dem Verständnis dieses Bildungszentrums nach alles unter der Kategorie Rechtsextremismus zu subsumieren ist, zeigen Veranstaltungstitel wie „Burschenschaften – ein Hort des autoritären Charakters", „Sehnsüchte der Neuen Rechten" oder ein Vortrag über die Schill-Partei. Als Referent

tritt beispielsweise Andreas Speit auf, der auch für das linksextremistische Magazin *Der Rechte Rand* Artikel veröffentlicht.

Im Netz verweist apabiz auf seine zahlreichen Kontakte ins klassische extremistische Antifa-Milieu. So finden sich dort Verweise zu den verfassungsfeindlichen *Antifaschistischen Nachrichten,*[82] die bereits erwähnte Monatsschrift *Der Rechte Rand* sowie die *antifa-rundschau,* das Organ des Bundes des VVN-BdA.

Arbeitsgemeinschaft Antifa/Antira im Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle

Fördersumme (2001): Nicht bekannt

Förderungszweck/Anmerkungen: Diese Gruppe fiel in den letzten Jahren durch eine steigende Militanz ihrer Aktivitäten auf. Vor allem die tätlichen Anfeindungen gegenüber studentischen Korporationen nahmen sprunghaft zu. Nach Angaben des Sprechers einer Studentenverbindung sei sogar versucht worden, durch Androhung von Gewalt das Rektorat der Martin-Luther-Universität Halle zu erpressen, die Teilnahme von Studentenverbindungen an den Einschreibungen zu verhindern.

Im Herbst des Jahres 2002 startete die AG Antifa/Antira eine Kampagne gegen die geplante 500-Jahr-Feier der studentischen Korporationen im Universitätsgebäude. In einem offenen Brief an den Kanzler der Universität warf man den Verbindungen die Pflege von völkischen, rassistischen, antisemitischen, sexistischen und revanchistischen Traditionen vor. Die Veranstaltung fand trotzdem statt. Allerdings entlud sich die von der Antifa-Hochschulgruppe entfachte Kampagne in der Nacht zum 20. Oktober 2002 in der Beschädigung von über 100 Fahrzeugen der angereisten Gäste.[83]

AWIRO Rostock

Förderungssumme (2001): 280 Euro

Förderungszweck: Nicht bekannt. Das Programm *Civitas* unterstützt AWIRO ebenfalls aus Bundesmitteln.[84]

Anmerkungen: Öffentlich wahrgenommen wurde AWIRO vor allem als Mitveranstalter von antirechten Demonstrationen. So rief die aus Steuermitteln unterstützte Organisation gemeinsam mit einer Vielzahl linker Verbände zu Gegenaufmärschen zu NPD-Demonstrationen auf. Darunter befinden sich neben der PDS auch offen extremistische Vereinigungen wie die trotzkistische Sozialistische Alternative Voran (SAV), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) sowie der orthodox-kommunistische VVN-BdA.[85]

Demokratisches Jugendforum Brandenburg

Fördersumme (2001): 15.000 Euro

Förderungszweck: Förderung des Vereinsbüros, welches „sich als Knotenpunkt zur Koordinierung von Projekten und Aktivitäten des Netzwerks“ versteht.

Weitere Fördersumme: 800 Euro
Förderungszweck: Bezuschussung für ein „Seminar zur Weiterbildung für MultiplikatorInnen in der antirassistischen Bildungsarbeit"
Weitere Fördersumme: Nicht bekannt
Förderungszweck: Förderung von „Selbstverteidigungskursen für Skater" in Guben. Neben der Vermittlung des Kampfsportes wurde mit den Teilnehmern auch die richtige Mimik und Gestik in Konfliktsituationen geübt.
Anmerkungen: Beim Demokratischen Jugendforum Brandenburg handelt es sich um ein Netzwerk verschiedener Projekte und Initiativen im Land Brandenburg. Zu diesem Netzwerk gehören unter anderem das bereits erwähnte Bif, die Angermünder Initiative „Pfeffer und Salz" sowie „Pukk – Alternative Jugend Schwedt." Die linksextremistische Orientierung von Pukk offenbart sich in der Gestaltung ihrer Internet-Heimseite. Das Bildarchiv hält zahlreiche Symbole und Erkennungszeichen aus dem autonomen Milieu zum Download bereit. „Burn the rich" steht auf einer Grafik, die einen fliegenden Molotow-Cocktail abbildet.[86]

Die Internetseite des demokratischen Jugendforums Brandenburg wartet ihrerseits mit Verweisen zu den linksextremistischen „Jungdemokraten/Junge Linke" sowie zur Antifa Königs-Wusterhausen auf.[87]

- **Flüchtlingsrat Thüringen**

Fördersumme (2001): 1000 Euro
Förderungszweck: Für die „Aktionstage gegen die Residenzpflicht". Die Mittel wurden für „Telefon- und Fahrtkosten sowie Dolmetscherinnen und Verpflegung" verwendet.
Weitere Fördersumme (2001): 400 Euro
Förderungszweck: Für eine Strategiekonferenz in Erfurt. Hierbei kamen unterschiedliche Initiativen aus der Stadt zusammen, „um gemeinsam über zukünftige Strategien gegen Rassismus und Ausgrenzung zu diskutieren".
Weitere Fördersumme (2001): 130 Euro
Förderungszweck: Für eine „Informationsreise zur Vernetzung der tschechischen, österreichischen und deutschen Flüchtlingsorganisationen".

- **Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/ Antifaschismus (LAG)**

Fördersumme (2001): 750 Euro
Förderungszweck: Druckkostenzuschuß für eine Neuauflage der Antifa-Broschüre „20 Jahre rechter Terror".

- **DGB Bildungswerk Thüringen**

Fördersumme (2001): 1500 Euro
Förderungszweck: Für eine Tagung des DGB-Bildungswerkes Thüringen.[88]
Anmerkungen: Diese drei Organisationen werden hier zusammen aufgeführt, da sie diverse strukturelle und personelle Überschneidungen aufweisen: Dafür

spricht zunächst die räumliche Nähe der Organisationssitze. Sowohl der Flüchtlingsrat, als auch die Landesarbeitsgemeinschaft residieren im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Warsbergstraße 1 in Erfurt. In personeller Hinsicht fungiert die Chefin des DGB-Bildungswerkes, Julika Bürgin, gleichzeitig als Vorsitzende des 1997 gegründeten Flüchtlingsrates. Die LAG wird wiederum von ihrem Freund, dem ehemaligen Thüringer HBV-Gewerkschaftsvorsitzenden Angelo Lucifero, geleitet.

Der Flüchtlingsrat Thüringen bemüht sich nicht um Distanz zum linksextremistischen Milieu. So unterstützt er beispielsweise die „Plattform gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft", welcher unter anderem die inzwischen aufgelöste „Antifaschistische Aktion Berlin" (AAB), der orthodox-kommunistische Dachverband des „Bundes der Antifaschisten" sowie die linksextremistischen Jungdemokraten/Junge Linke angehören beziehungsweise angehörten. In der Erklärung dieser Initiative heißt es, Opfer rassistischer Gewalt würden staatlicherseits zusätzlich diskriminiert werden. Dem Staat wird weiter vorgeworfen, die antifaschistische Arbeit „gezielt" zu kriminalisieren.

Die LAG sieht sich selbst als „eine Kooperationseinrichtung von aktiven AntirassistInnen und AntifaschistInnen in Initiativen, Parteien und Gewerkschaften".[89] Wichtige Kooperationspartner sind neben dem Flüchtlingsrat die „Autonomen Thüringer Antifa-Gruppen" (Tatag). Unter dem Motto „Es gibt 1000 Gründe, Deutschland zu hassen" werden sogenannte „Hass-Demos" veranstaltet und durchgeführt. Anmelder dieser „Hass-Demonstration" für eine kleine linksautonome Erfurter Truppe war der Thüringer PDS-Landtagsabgeordnete und Angelo Lucifero-Kompagnon Steffen Dittes.[90]

Junge Gemeinde Stadtmitte Jena

Fördersumme (2001): 2500 Euro

Förderungszweck: Im Zentrum der Förderung stand das „Offene Internetcafé" sowie die Erstellung der Internetpräsenz der JG.[91]

Anmerkungen: Die Junge Gemeinde mit ihrem Betreuer Lothar König ist für ihre spektakulären, ja aufdringlichen Aktivitäten bekannt. So wurde beispielsweise im Rahmen einer „Performance" im Juni 2000 vor etwa 200 Zuschauern ein Auto komplett auseinandergenommen. Mit dieser Aktion sollte auf die „Situation von Straßenkindern in Jena" aufmerksam gemacht werden.[92]

Eine weitere Aktion, politisch von hoher Brisanz, trug sich im Zusammenhang mit der JG im August 2002 zu. Während eines Auftritts des Hamburger Innensenators Ronald Schill habe nach Darstellungen in der *Ostthüringer Zeitung* Pfarrer König höchstselbst Trillerpfeifen an die JG-Mitglieder verteilt. Nur unter „Nazis Raus"-Rufen konnte der damalige Stellvertretende Regierende Bürgermeister der Hansestadt Hamburg seine Rede halten.[93]

Im November 2002 bekam die JG Stadtmitte den erstmals verliehenen Förderpreis der Martin-Niemöller-Stiftung, dotiert mit 5.000 Euro, verliehen – nicht

zuletzt wegen des „Engagements gegen Rechts“ des Pfarrers Lothar König und seiner Jungen Gemeinde.[94]

Kontakt und Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Bernau (Bif e.V.)

Fördersumme (2001): 2250 Euro
Förderungszweck: Zur Förderung der Sensibilisierung der Bevölkerung „für die Situation potentieller Opfer und Asylsuchender“ durch Infoveranstaltungen und Themenabende.[95]
Weitere Förderung (2001): 500 Euro
Förderungszweck: Für „ein Training zum Verhalten bei gewalttätigen und diskriminierenden Situationen“ an einem Projekttag einer Grundschule.
Anmerkungen: Das Bif residiert im Bernauer Jugendtreff „Dosto“, wo man sich nicht einmal vordergründig um Distanz zu linksextremistischen Projekten bemüht: Neben Bif haben sich im „Dosto“ noch die Alternative Jugendliste (AJL), das Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche, die Rükkenwind-Bildung in Bewegung e.V. (antirassistisches Theaterprojekt), die Trommelgruppe „Makino“ und die Umweltgruppe „Ökogeist“ eingerichtet. Im „Dosto“ finden neben einschlägigen Transparent- und Graffiti-Workshops auch politische Bildungsveranstaltungen statt. So durfte sich dort beispielsweise die „Rote Hilfe“ vorstellen und die „Dosto“-Besucher in unmittelbarer Nachbarschaft zum Amadeu Antonio-Stiftungs-finanzierten Bif über die „rechtlichen Grundlagen für Demonstrationen“ aufklären. Auch die „Rote Hilfe“ ist im linksextremistischen Spektrum nicht unbekannt. Die nach eigenem Verständnis „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“ unterstützt nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes des Bundes 1998 „deutsche und ausländische gewaltorientierte Linksextremisten durch Zuschüsse für Prozeß- und Anwaltskosten“.[96]

Land in Sicht

Fördersumme (2001): Nicht bekannt
Förderungszweck/Anmerkungen: Die Amadeu Antonio-Stiftung förderte das von etwa 300 linken Aktivisten besuchte „Grenzcamp“ (August 2002) der Initiative „Land in Sicht“. Das Hamburger Camp widmete sich nach Darstellung der Stiftung besonders den Schwerpunkten „Rechtspopulismus“, „Innere Sicherheit“ und „autoritäre Formierung“. Ziel der Veranstaltung sei gewesen, „Alternativen zum Rechtspopulismus“ aufzuzeigen. Deshalb fanden „Stadtspiele“ in Hamburg statt, wie es in der kurzen Projektbeschreibung verharmlosend heißt.[97] Tatsächlich handelte es sich hierbei um eine aggressive Anti-Schill-Veranstaltung, die von der Amadeu Antonio-Stiftung wohlwollend unterstützt wurde. Im Rahmen dieses Camps wurde der Hamburger Hauptbahnhof für kurze Zeit von den linksextremistischen Camp-Teilnehmern besetzt. Während des Camps fanden noch Veranstaltungen wie beispielsweise „Perspektiven linksradikaler Hochschulpoli-

tik“ statt. Außerdem kam es im Verlaufe des Camps laut Berichten der Zeitung zu Versuchen, das in Hamburg stehende Bismarck-Denkmal mit Farbbeuteln zu beschädigen.[98]

Pfeffer und Salz, Angermünde

Fördersumme (2001): 1900 Euro
Förderungszweck: – für die Erstellung einer „Recherchebroschüre zum Rechtsextremismus in der Uckermark“; – zur Finanzierung des Büros der „Flüchtlingsinitiative Prenzlau“ sowie einer Ausstellung mit dem Titel „Der Nummer einen Namen geben“.
Anmerkungen: Pfeffer und Salz ist Mitverfasser von Presseerklärungen der Antifa Uckermark, die eng mit der inzwischen aufgelösten „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB) kooperierte. Gemeinsam mit der Antifa Uckermarck und der AAB rief Pfeffer und Salz zur Demo „Dem rechten Konsens entgegentreten“ in Potzlow auf. Die AAB äußerte in diesem Zusammenhang, sie wolle „Wut und Widerstand dorthin tragen, wo seit Jahren Menschen ihr Anderssein oder ihr Andersaussehen mit dem Leben bezahlen müssen“.[99]

Politik und Kritische Kultur in Schwedt (Pukk)

Fördersumme (2001): 1000 Euro
Förderungszweck: Für ein Straßenfest mit dem Titel „Gemeinsam leben – gemeinsam feiern“. Ziel der Initiative sei die „Stärkung alternativer Jugendkultur“ und die „öffentliche Diskussion über Rassismus“.
Anmerkungen: Wie bereits erwähnt, hat Pukk einschlägige Verbindungen ins linksextremistische Umfeld.[100]

Schüler gegen Rechts in Mecklenburg-Vorpommern (SgR)

Fördersumme (2001): Nicht bekannt
Förderungszweck/Anmerkungen: Die Amadeu Antonio-Stiftung finanzierte die eine Ausgabe des SgR-eigenen Magazins *Fesche Lola,* in welchem auch die Gruppe „Kung Fu“ interviewt wurde, die wiederum an der „Laut gegen rechte Gewalt“-Tournee teilnahm.[101]

Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen

Fördersumme (2001): 1750 Euro
Förderungszweck: Zur Erstellung einer Informationsbroschüre über die sogenannten freien Kameradschaften publiziert. Vor allem auf die „leicht verständlich geschriebenen“ Texte werde seitens der Stiftung Wert gelegt. Dies erleichtere „gerade jüngeren Menschen die Beschäftigung mit dem Thema“.[102]
Anmerkungen: Der Name der Einrichtung euphemisiert die Tatsache, daß hierbei ausschließlich linksradikale Jugendkulturen in den Genuß der Förderung durch diesen Verein kommen. So arbeitet man eng mit der linksextremistischen

Antifaschistischen Aktion, der kommunistischen Freien ArbeiterInnen Union (FAU), der Roten Aktion und der Jugendantifa-Gruppe „Schwarze Strolche“ zusammen.[103]

5. Schlußbetrachtung

Die vorliegende Studie hat zu zeigen versucht, daß es im Zuge des „Kampfes gegen Rechts“ neben einer ideologischen auch zu einer institutionellen und personellen Entgrenzung der „Neuen Mitte“ in Richtung Linksradikalismus kommt.

Mittels der Strukturen und Verbindungen des „Kampfes gegen Rechts“ ist es der Linken gelungen, ein dichtes Netz von der SPD bis zu kommunistisch beeinflußten Gruppen zu knüpfen, die in weiten Feldern die Definitionsmacht darüber ausüben, was „rechts“ und damit bekämpfenswert sei.

Die oft behauptete Erosion des rechten Randes und die damit einhergehende These eines „Extremismus der Mitte“, welcher sich, wenn nicht auf der Handlungs-, so doch zumindest auf der Einstellungsebene verorten ließe, kann somit bei Zugrundelegen einer beobachtertheoretischen Perspektive als das Artefakt eines Standpunktes betrachtet werden, welcher seinerseits Ergebnis einer bereits weit vorangeschrittenen Erosion der Grenze zwischen demokratischer und extremer Linker ist.

Das Ergebnis der Intrusion extremistischer Positionen und Personen ins demokratische Spektrum ist eine *Rigidisierung* des politischen Diskurses. Das Konzept des rigiden Denkens entstammt unter anderem den Arbeiten des amerikanischen Kognitions-Psychologen Milton Rokeach. Dieser unterschied auf kognitiver Ebene zwischen offenen und geschlossenen Orientierungssystemen.[104] Kennzeichnend für geschlossenes beziehungsweise rigides Denken sind

1. Ein hohes Maß an Rejektion aller vom eigenen Orientierungssystem abweichenden Meinungen
2. Eine [inhaltliche oder logische, d.V.] Disparität der einzelnen Elemente des eigenen Orientierungssystems
3. Geringe Differenzierung der abgelehnten Orientierungssysteme
4. Die Welt [respektive das jeweils im Interessenfocus stehende Objekt, d.V.] wird als prinzipiell gefährlich wahrgenommen.
5. Die Rejektion abweichender Meinungen ist von den Vorgaben (externer) Autorität(en) abhängig.[105]

Es läßt sich nachweisen, daß die angeführten Kriterien (in verschiedenen Graduierungen) auf den politischen Diskurs der Bundesrepublik anwendbar sind:

Das zeigt sich nicht nur global in der Ritualisierung[106] und Tabuisierung im Umgang mit bestimmten Themenbereichen (deutsche Geschichte, nationale Identität, Zuwanderung und so weiter) sowie (ad 1) in der Zunahme des von der „korrekten“ Meinung Ausgeschlossenen. Es erstaunt darüber hinaus, mit welcher Souveränität offensichtlich inkonsistente Praxen und Meinungen vorgetragen

und durchgeführt werden können. Man denke an die juristische Ungleichbehandlung links- beziehungsweise rechtsextrem motivierter Straftaten oder die Antisemitismusvorwürfe gegen Möllemann und Hohmann. *In personam* verdichtet sich Rokeachs zweites Kriterium beispielsweise bei dem eingangs zitierten Verfassungsschutzbeamten Möller,[107] welcher einerseits den Lesern der Zeitung *Junge Freiheit* pauschal eine rechtsextreme Gesinnung unterstellt (obwohl selbst sein eigenes Amt bei der fraglichen Zeitung nur „Anhaltspunkte für den Verdacht" rechtsextremer Bestrebungen zu erkennen vermag), andererseits – in einem zu diesen Äußerungen zeitnahen Interview in Bezug auf die Verbreitung einer islamistischen Zeitung durch das IBDA-C-Mitglied[108] Yilmaz in Deutschland – bemerkt, man könne aus dem Umstand des Lesens einer extremistischen Zeitung nicht auf die Gesinnung der Leser schließen.[109] Der dritte Punkt zeigt sich vor allem in der zunehmenden semantischen Negation der Differenz von „rechts" und „rechtsextrem" sowie der häufigen Anwendung von Generalvorwürfen wie „antisemitisch", „rassistisch" oder „nationalistisch" gegen mißliebige politische Positionen. Diese werden in regelmäßigen Abständen argumentativ (ad 4) mit Bedrohungsszenarien verknüpft, welche sich nicht selten als contrafaktische Dramatisierungen und Polemisierungen erweisen. Stichworte aus jüngster Zeit sind die Diskussionen um die angeblichen Phänomene einer „Braunen Armee-Fraktion", eines latenten Antisemitismus der Deutschen oder einer alltäglichen Bedrohung der Bevölkerung durch rechtsextreme Gewalt (welche prinzipiell als „zunehmend" charakterisiert wird). Ein starrer Autoritätsbezug des politischen und moralischen Diskurses besteht vor allem in Bezug auf Vertreter jüdischer Organisationen. Dies scheint sich quasi zwangsläufig aus dem Postulat der „besonderen historischen Verantwortung" zu ergeben.[110] Diese Praxis widerspricht jedoch eklatant dem sonst so gern von der politischen Klasse und den Massenmedien in Anspruch genommenen Habermas'schen Verständnis einer deliberativen Öffentlichkeit und des rationalen Diskurses, in welchem Geltungsansprüche gerade nicht qua Autorität, sondern durch die Beibringung von rationalen Argumenten begründet werden sollen.

Für Erwin K. Scheuch und Hans Dieter Klingemann ist Rigidität eine Bedingung für das Entstehen von politischem Extremismus. Die beiden Soziologen haben in den sechziger Jahren in Anlehnung an die Konzepte von Adorno und Rokeach eine Extremismustheorie vorgelegt, welche die Ausbildung eines rigiden Denkstils bei Personen als eine mögliche Reaktion auf die Norm- und Werteambiguität der modernen „Industriegesellschaften" kennzeichnet.[111] Dies wiederum kann den Autoren zufolge – bei entsprechenden meso- und makrosoziologischen Randbedingungen (zum Beispiel die Verfügbarkeit radikaler Ideologien) – zu extremistischen Einstellungen beziehungsweise extremistischem (Wahl-)Verhalten führen.[112] Obwohl sie sich in ihren Untersuchungen vornehmlich mit dem Phänomen Rechtsradikalismus beschäftigen, ist ihr Extremismusbegriff sowie dessen Herleitung aus dem rigiden Denken nicht (wie etwa bei Adorno/Horkheimer) auf diesen beschränkt.[113]

Überträgt man das persönlichkeitstheoretische Theorem des rigiden Denkstils auf soziale Verhältnisse, so läßt sich formulieren, daß die Herausbildung eines rigiden Kommunikationsstils ebenfalls eine mögliche (und insofern „normale") Entwicklung in modernen Gesellschaften darstellt. Rigidität in dem oben beschriebenen Sinne bedeutet ja nichts weiter als eine den jeweiligen Verhältnissen (unangemessene) Reduktion von Komplexität. Dies ist erreichbar zum Beispiel durch Schaffung von contrafaktischer Erwartungssicherheit, durch Kontingenzausschaltung, durch Reflexionsinhibierung, kurz, durch eine De-Optionalisierung der Kommunikation. All diese Strategien finden sich in den oben erörterten Beispielen wieder.

Durch die strukturale Fundierung der Scheuch-Klingemannschen Theorie erhält man die Möglichkeit, von konkreten Inhalten zu abstrahieren (und damit zugleich den Boden der Theorie zu verlassen): Während bei jenen Extremismus immer mit Demokratiefeindlichkeit in Verbindung gebracht wird, besteht dessen eigentlicher Kern eben in der Tendenz des Beschneidens von Kommunikations- (und *idealiter* Denk-)möglichkeiten. Das heißt, auch ein zu enges oder einseitiges Auslegen des Demokratiebegriffs kann dieser Definition zufolge als extremistisch (oder, sofern man beide Begriffe synonym verwendet, „totalitär") bezeichnet werden.

Es soll hier – dies sei nochmals betont – keineswegs behauptet werden, das politische System der Bundesrepublik sei *in toto* „extremistisch". Dazu fehlen Indikatoren wie beispielsweise die Rigidität gegenüber Personen im Sinne der Anwendung organisierter physischer Gewalt.[114]

Aber: Die Theorie verdeutlicht einen „blinden Fleck" des in der Korsage von politischer und historischer Korrektheit steckenden politischen Diskurses der BRD: Die Inanspruchnahme von Pluralismus als Wert garantiert nicht schon dessen Durchsetzung in der politischen Praxis.

Die Synopsis aller zusammengetragenen Fakten und Argumente läßt es angemessen erscheinen, den „Kampf gegen Rechts" als politische Kampagne mit *totalitären Tendenzen* zu beschreiben. Hierfür sprechen folgende Charakteristika:

- Absolutheitsanspruch des antifaschistischen Impetus. Dieser Anspruch ist wesentlich ein negativer. Er äußert sich vor allem darin, daß das politische Selbstverständnis und damit der Ausgangspunkt sowie das Motiv allen politischen Handelns letztlich immer in der Negation der eigenen Geschichte in Form des Dritten Reiches gründen.
- Deutungshoheit der Linken über die „Zulässigkeit" beziehungsweise „Unzulässigkeit" von Personen, Programmen, Thesen und so weiter zum öffentlichen Diskurs
- Kriminalisierung abweichender Meinungen (Meinungen!) als „Verbrechen" beziehungsweise geistige „Anstiftung" zu solchen
- Versuch der Einbeziehung aller gesellschaftlicher Teilsysteme, angefangen von Wissenschaft und Kunst über Wirtschaft bis hin zum Recht, in den „Kampf gegen Rechts"

• Versuch, das Bewußtsein der Menschen qua Sprachsteuerung *(political correctness)* zu beeinflussen

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß – zumindest aus sozialwissenschaftlicher Sicht – die aufgezeigten Zusammenhänge und Verflechtungen nicht so gedeutet werden können, als gäbe es ein generalstabsmäßig vorgehendes politisches „Supersubjekt", welches alle Fäden in den Händen hält. Ein derart „verschwörungstheoretischer" Ansatz verkennt die Komplexität der Verhältnisse und überschätzt die Einflußmöglichkeiten individueller als auch kollektiver Akteure. Sucht man nach einem soziologischen Erklärungsmuster, welches der Materie konzeptuell gerecht zu werden vermag, bietet sich eher der Verweis auf die Eigengesetzlichkeit kommunikativer Prozesse an. Deren konkrete Ausformung und Verlauf sind vom einzelnen Akteur *nicht intendierbar,* auch wenn man natürlich versuchen kann, die Antezendenzbedingungen möglichst günstig im Sinne der eigenen Intentionen zu gestalten. Mit dieser nüchtern-realistischen Perspektive lassen sich sowohl überzogene Hoffnungen zurücknehmen[115] als auch bisher unbeachtete Möglichkeiten aufzeigen.[116]

Welche politischen Perspektiven lassen sich aus einer derartigen „abgeklärten" Betrachtungsweise ziehen? Moderne politische Systeme („Demokratien") zeichnen sich – verglichen mit allen anderen Herrschaftsformen – durch ein relativ hohes Maß an Selbststeuerungskapazität aus.[117] D.h., extreme Abweichungen (wie zum Beispiel die Aushebelung des wertpluralistischen Prinzips durch den Alleinvertretungsanspruch nur einer politischen Richtung) können so intern – also ohne „Revolution" in Anspruch nehmen zu müssen – korrigiert werden.

Dies mag man von einem fundamentaloppositionellen Standpunkt aus bedauern, aber hierin liegt auch eine Chance für die Rechte, sich politisch wieder „ins Spiel" zu bringen. Ihr käme nämlich die herausragende Rolle jenes Korrektivs zu, welche das wertepluralistische Prinzip, auf welchem das Grundgesetz gründet, gegenüber den unangemessenen Alleinvertretungsansprüchen eines linken Meinungskartells zu verteidigen hätte. Wie die Chancen eines solchen Unterfangens derzeit stehen, ist schwer zu prognostizieren. Sicher ist, daß – noch vor Beginn jeder inhaltlichen Diskussion – zunächst einmal die Einsicht in die prinzipielle Notwendigkeit einer solchen Korrektur im öffentlichen Diskurs etabliert werden muß.

6. Anmerkungen

1 S. etwa das Interview „Scharnierfunktion“ mit CDU-MdB Schirmbeck vom 19. 09. 2003 oder den Artikel „Die Proteste werden immer lauter“ vom 12. 09. 03, beide erschienen in der *Jungen Freiheit*
2 So die Überschrift eines Artikels von von Buttlar vom 10. 10. 2003, geladen von http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,268954,00.html am 15. 10. 2003
3 Ebd.
4 Diese Feststellung ist eigentlich ein Gemeinplatz, da sie wohl für *alle* Thesen im (sozial)wissenschaftlichen Bereich gilt.
5 Neben Butterwegge und Gessenharter ist hier vor allem das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) zu nennen. Vgl. z.B. Jäger, M./Jäger, S. 1999: *Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens.* Berlin, S. 107.
6 Vgl. den Kommentar von Daniel Goffart „Senkblei FDP“ im *Handelsblatt* vom 22. 10. 02
7 De Benoist spricht in diesem Zusammenhang von der Rückkehr der Linken zu ihrer „liberalen Matrix“. Dieser Prozeß sei nicht nur in Deutschland, sondern europaweit zu beobachten; s. de Benoist, A.: „Wo ist aber die Linke geblieben?“, in ders.: *Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung.* Tübingen 2001; S. 379ff.
8 Dessen Geschichte verweist auf die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts und die theoretischen Entwicklungen innerhalb der damaligen Linken im Zuge von „Postkolonialismus“, „Bürgerrechtsbewegungen“ und „Anerkennungskämpfe“ zurück. Ursprünglich in den USA und Kanada beheimatet, fand er seinen Weg in die Zirkel der „Neuen Linken“ in Großbritannien, wo er unter anderem zur Entwicklung des ethnopluralistischen Konzeptes führte. Bekanntermaßen hat dieser Theoriestrang später Eingang in die Überlegungen der *Nouvelle Droite* gefunden.
9 Niklas Luhmann, einer der denkmächtigsten deutschen Soziologen unserer Tage, welcher – leider, so möchte man sagen – in konservativen Kreisen bisher auf wenig Resonanz traf, formuliert dies so: „Die Notwendigkeit der Selbstbestimmung fällt dem Einzelnen als Korrelat einer gesellschaftlichen Entwicklung zu. Er wird in die Autonomie entlassen wie der Bauer mit den preußischen Reformen: ob er will oder nicht.“; s. Luhmann. N.: „Die gesellschaftliche Differenzierung und das Individuum“, in: *Soziologische Aufklärung* 6. Opladen 1995; S. 132
10 Dies ist eine sehr abstrakte Fassung des Problems. Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dem Umstand der paradoxen Konstitution der Menschenrechte findet man etwa bei Arendt, H.: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. München 2003; S. 601ff. oder bei Luhmann, N.: „Das Paradox der Menschenrechte und drei Möglichkeiten seiner Entfaltung“, in: *Soziologische Aufklärung* 6. Opladen 1995; S. 229–236. Auf politisch-rechtlicher Ebene gilt immer noch eine um den Motivverdacht „gereinigte“ Variante des durch Carl Schmitt zum Bonmot gemachten Ausspruchs von Proudhon: „Wer Menschheit sagt, betrügt.“; s. Schmitt, C.: *Der Begriff des Politischen.* Berlin 1996; S. 55
11 In der Politikwissenschaft und der politischen Philosophie wird bereits seit langem über die Unvereinbarkeit von (universalistischen) Individualrechten und (partikularen) Rechten der Menschen als Angehörige sozialer Gruppen, Völker und so weiter diskutiert. Vgl. nur Arendt, H; a.a.O.; zur speziellen Ausformung dieses Problems im Spannungsfeld von auf persönliche Freiheit abstellendem Liberalismus und Gruppenrechte einforderndem Multikulturalismus s. unter anderem Habermas, J.: „Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat“, in: Taylor, Ch.: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung,* F.a.M. 1993; S. 147–193; Sandel, M. (Hrg.): *Liberalism and its Critics,* Oxford 1984; S. 90f.
12 S.a., in Anschluß an Carl Schmitt, die IfS-Studie *Die Neue Rechte;* S. 28
13 S. z.B. Luhmann, N.: *Die Politik der Gesellschaft.* F.a.M. 2000; S. 359f.
14 S. nur Jesse, E.: „Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektren, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand – Mythos und Realität“, in: *Politische Vierteljahresschrift.* Sonderheft 27 1996; S. 514–529
15 In dem Sinne, daß der Faschismus (gemeint ist dabei meist der Nationalsozialismus) die folgerichtige und perfektionierte Konsequenz des Rassismus sei; s. z.B. Miles, R.: *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs.* Hamburg 1989; S. 90
16 Diese förmliche „Allgegenwart“ des nationalsozialistischen Deutschlands und seines Führers in politischen Entscheidungsprozessen kommentiert Armin Mohler mit folgender Polemik: „Bei jeder Situation, die

geregelt werden muß, fragt man sich zunächst, wie Hitler sich wohl verhalten haben könnte. Dann entscheidet man sich für das Gegenteil." Mohler, A.: *Der Nasenring.* München 1991; S. 209

17 Diese Funktionsbestimmung von PC findet sich bei Jung, M.: „Von der politischen Sprachkritik zur Political Correctness – deutsche Besonderheiten und internationale Perspektiven", in: *Sprache und Literatur* Heft 2 /19 96; S. 18–37

18 S. unter anderem Behrens, M/v. Rimscha, R.: „Politische Korrektheit" in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie. Bonn 1995; S. 14

19 Diese Strategie funktioniert so hervorragend, daß die Rechte sich nur zu gern „diesen Schuh anzieht" und mit dieser Kategorisierung kokettiert (so wirbt eine Hamburger Burschenschaft mit dem Slogan „Garantiert politisch unkorrekt"). Dabei gerät leicht aus dem Blick, daß man mit einem solchen Gebaren natürlich die Deutungsmacht des politischen Gegners konfirmiert.

20 Zu diesem Mechanismus und seinen Folgen s. Jesse a.a.O.; hier S. 520f.

21 Man denke an die unrühmliche Kampagne gegen den Steglitzer Lehrer Schmick; vgl. jüngst: Die häßlichen Deutschen, *Junge Freiheit,* 17. Oktober 2003

22 Heitmeyer sieht Rechtsextremismus als eine Kombination aus „Ideologie der Ungleichheit" und „Gewaltbereitschaft". Sie stellt sich – quasi automatisch – mit Deprivationserfahrungen von Jugendlichen („Modernisierungsverliererthese") ein. Es soll hier gar nicht bestritten werden, daß solche Orientierungsmuster existieren. Der Kritikpunkt ist, daß – ganz in der Tradition der Kritischen Theorie – hier extremistische und gewaltbejahende Dispositionen mit „*Rechts*extremismus" (und nur Rechtsextremismus!) gleichgesetzt werden. S. etwa Heitmeyer, W.: „Identitätsprobleme und rechtsextremistische Orientierungsmuster", in: Baacke, D./Heitmeyer, W. (Hrg.): *Neue Widersprüche. Jugendliche in den 80er Jahren.* Weinheim, München; S. 175–198. Man vergleiche dieses Konzept mit jenem heute fast schon in Vergessenheit geratenen Ansatz von Scheuch/Klingemann. Sie bezeichnen Rechtsradikalismus in einer bekannt gewordenen Formulierung als „normale Pathologie von Industriegesellschaften". Allerdings (und dies ist der entscheidende Unterschied) verzichten sie darauf, die von ihnen beobachteten Dispositionen rigiden Denkens und Verhaltens (welche denen Heitmeyers ganz ähnlich sind) einer bestimmten politischen Richtung zuzuschlagen. Scheuch, E. K./Klingemann, H. D.: „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften", in: Ortlieb, H.D. (Hrg.): *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.* Tübingen 1967; S. 11–29

23 Warnung vor Rechtsextremen, *Salzburger Nachrichten,* 28. Januar 2000

24 Jede noch so kleine Abweichung von bestehenden Normen kann als Politikum gelesen und entsprechend sanktioniert werden. Man denke an das Verbot in DDR-Schulen, Plastiktüten mit Reklame westlicher Firmen mitzuführen oder auch nur Kleidung des „nichtsozialistischen Auslandes" zu tragen, weil darin eine *politische* Stellungnahme (und nicht etwa eine des persönlichen Geschmackes) gesehen wurde. Ähnliches passiert nun beispielsweise an Brandenburger und Berliner Schulen, wo es Schülern untersagt wird, zum Unterricht in bestimmten Kleidungsstücken zu erscheinen, welche unter anderem *auch* von rechtsorientierten Jugendlichen getragen werden.

25 Legt man den strengen Totalitarismusbegriff Arendtscher Prägung zugrunde, erübrigt sich eine solche Diskussion von selbst. Arendt reserviert qua der Differenz von Diktatur versus totalitärer Staat den zweiten Begriff einzig und allein für die beiden historischen Phänomene des Stalinismus und des Hitlerismus (zur Eigentümlichkeit dieser Herrschaftsformen s. Arendt a.a.O.; Kap. 12 und Kap. 13, besonders S. 944ff.). Arendt zufolge weisen allerdings *alle* Ideologien totalitäre Elemente auf, welche sich aber nur unter ganz spezifischen historischen Bedingungen auch in totalitärer Herrschaft manifestieren. Nach Lesart der Autorin führen selbst Kommunismus und Nationalsozialismus nicht automatisch zu totalitären Regimes – eine Erkenntnis, welche (zumindest was letzteren betrifft) in der offiziellen Geschichtsschreibung gern unerwähnt bleibt.; s. Arendt, H.: a.a.O.; S. 964ff.

26 Man denke an die Kontenkündigungswelle gegenüber „rechten" Kreditinstitutskunden, an die öffentliche Anprangerung und nachfolgende Isolierung „rechter" Wissenschaftler, Journalisten, Autoren, Musiker.

27 Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5695 vom 30. März 2001

28 Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 9519 vom 14. Mai 2002

29 http://www.bmfsfj.de/top/dokumente/Artikel/ix_65430.htm?template=single&id=65430&script=1&ixepf =_6543

30 Ebd.

31 Alle folgenden Zitate sind entnommen der Informationsbroschüre des Bundesjugendministeriums *Aktiv gegen Hass*

32 Alle folgenden Zitate stammen ebenfalls aus o.g. Broschüre

33 Die „Galerie der Projekte" des Programms Entimon: findet sich unter http://www.entimon.de/entimon/doc/galerie_der_projekte.pdf

34 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Leitlinien zur Umsetzung des Programms

„Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ für das Jahr 2003
35 Broschüre *Aktiv gegen Hass*
36 Ebd.
37 Bundesministerium des Inneren: *Verfassungsschutzbericht* 1999, Berlin 2000, S. 128 ff.
38 Ein derartiges Camp wurde 2002 aus Bundesmitteln finanziert.
39 http://www.jugendstiftung-civitas.org
40 Siehe Artikel zu „Miteinander e.V.“ in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* 12/03 vom 14. März 2003
41 Die Stiftung Demokratische Jugend wurde 1990 auf Initiative des Runden Tisches der Jugend als selbständige Stiftung gegründet. Stiftungsvorstand ist der Pfarrer Frieder Böttger aus dem sächsischen Rittersgründ. Die Stiftung berät Civitas bei der Mittelverwaltung und der technischen Abwicklung der Programme.
42 Amadeu Antonio-Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur, *„Stärken. Vernetzen. Fördern. Bericht 2001/2002“,* Dezember 2002, S. 26
43 So ist die Stiftung mit zwei Mitgliedern (Christian Petry und Anetta Kahane) im Programmbeirat von Civitas vertreten, s. http://www.jugendstiftung-civitas.org
44 http://www.amadeu-antonio-stiftung.de
45 Amadeu Antonio-Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur, *„Stärken. Vernetzen. Fördern. Bericht 2001/2002“*, Dezember 2002. S. 3
46 Artikel in der *tageszeitung* vom 17. 9. 2002, S. 24
47 Amadeu Antonio-Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur, a.a.O., S. 7
48 Ebd., S. 8
49 Ebd., S. 7 ff.
50 *Stern,* Ausgabe vom 9. 1. 2003, Interview ist auch abrufbar unter
http://www.stern.de/politik/mut/index.html?id=502511&eid=502536
51 Amadeu Antonio-Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur, a.a.O., S. 8
52 Ebd.. S. 66
53 Heute legt sie Wert darauf, daß sie damals niemandem mit ihrer Spitzeltätigkeit geschadet habe; s. *tageszeitung* vom 10. 10. 2002, „Menschenrechtlerin mit Akte“, S. 13
54 *Junge Freiheit* vom 25. 10. 2002, „Die Aktivistin“, S. 3
55 *Junge Freiheit* vom 24. Januar 2003, „Beziehungskartell im roten Sumpf“, S. 5
56 Pressemeldung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“
57 *Ostfriesen Zeitung* vom 6. 5. 2002, „Ostfriesische SPD ehrt Anetta Kahane“
58 Laut Presseerklärung der AAS vom 22. 08. 03
59 Ebd. S. 9
60 Ebd. S. 11
61 Ebd.
62 Ebd.
63 Ebd. S. 12 ff.
64 Ebd. S. 20
65 Ebd. S. 21
66 Abrufbar unter http://www.brothers-keepers.de/
67 Jüngstes Beispiel ist der Prozeß gegen die Rechtsrock-Gruppe Landser vor dem Berliner Oberlandesgericht, bei welchem erstmals eine Musikgruppe der Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ für schuldig befunden wurde.
68 Amadeu Antonio-Stiftung, a.a.O., S. 24
69 Ebd.
70 Abrufbar unter http://www.nobackspin.de/html/interview.htm
71 *Plenarprotokoll 15/24*
72 Abrufbar unter http://www.btfi.de
73 Amadeu Antonio-Stiftung, a.a.O., S. 33 ff.
74 Die Internetplattform *hagalil* ist ebenfalls ein Förderprojekt der Amadeu Antonio-Stiftung
75 www.hagalil-online.de vom 28. 8. 2000
76 S. www.amadeu-antonio-stiftung.de, geladen am 05. 01. 04
77 Amadeu Antonio-Stiftung *„Stärken. Vernetzen. Fördern. Bericht 2001/2002“,* Dezember 2002
78 *junge welt* vom 9. 4. 2003, „Bei Durchsuchung Grundrechte verletzt?“
79 Amadeu Antonio-Stiftung – *„Stärken. Vernetzen. Fördern. Bericht 2001/2002“,* Dezember 2002
80 Nachzusehen unter http://www.members.partisan.net/agip/
81 Amadeu Antonio-Stiftung, a.a.O.
82 Bundesministerium des Inneren, *Verfassungsschutzbericht 1999,* S. 134:

„Ebenfalls dem „antifaschistischen Kampf“ von Linksextremisten verpflichtet sind die *Antifaschistischen Nachrichten,* die zweiwöchentlich in Köln erscheinen. Das Blatt stammt aus einer Vorfeldorganisation des inzwischen in der PDS weitgehend aufgegangenen „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (heute: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS). Es hat sich bereits vor mehreren Jahren einen breiten Herausgeberkreis zugelegt, dem Personen aus unterschiedlichen revolutionär-marxistischen Organisationen angehören.“

83 *Junge Freiheit* vom 31. 1. 2003, „Krawalle in Halle“

84 Projektbeschreibung abrufbar unter http://www.amadeu-antonio-stiftung.de

85 Demoaufruf, liegt den Verfassern vor

86 http://www.pukk.org/main.html

87 http://www.djb-ev.de/

88 Amadeu Antonio-Stiftung, a.a.O.

89 Abrufbar unter http://www.lag-antifa.de/

90 *Thüringer Allgemeine* vom 17. 7. 2002, „Alles nur Privatpersonen“

91 Amadeu Antonio-Stiftung, a.a.O.

92 *Thüringer Landeszeitung* vom 20. 6. 2000, „Wrack in der Nacht zerlegt“

93 *Thüringer Landeszeitung* vom 24. 8. 2002, „Brechmittel erfolgreich“

94 *Thüringer Landeszeitung* vom 8. 11. 2002, „Martin Niemöller hätte sich gefreut“

95 Amadeu Antonio-Stiftung – *„Stärken. Vernetzen. Fördern. Bericht 2001/2002“,* Dezember 2002, S. 38 Interessant ist in diesem Zusammenhang der weit gefaßte Opferbegriff, welcher als Zweckbindung der Mittelverwendung angeführt wird. Er steht stellvertretend für ein Charakteristikum der Funktionsweise politischer Korrektheit: PC operiert immer entlang einer Täter/Opfer-Differenz, wobei prinzipiell eine wertende Position zugunsten der Opfer eingenommen wird.

96 Entscheidend ist, daß es sich hierbei nicht um eine reale Täter/Opfer-Konstellation handeln muß, sondern daß die *Potentialität,* sprich der Verdacht eines derartigen Vorfalles, genügt, um die Mühlen von pc zum Mahlen zu bringen. Hierzu sei der Linguist Dietrich E. Zimmer zitiert: „Und es ist nicht einmal notwendig, dass jemand sich subjektiv verletzt fühlen könnte. Es reicht, dass ein paar Aktivisten behaupten, Angehörige dieser oder jener Opfergruppe könnten sich verletzt fühlen. Es reicht die bloße Befürchtung, ein paar anstoßnehmende Aktivisten *könnten* sich prophylaktisch im Namen einer Opfergruppe verletzt fühlen.“; Zimmer, Dieter E. „Die Berichtigung. Über die Sprachreform im Zeichen der Politischen Korrektheit“, in: ders. *Deutsch und anders.* Reinbek 1997; S. 105–180, hier S. 131f.

97 Bundesministerium des Inneren, *Verfassungsschutzbericht 1998,* S. 127ff.

98 Projektbeschreibung abrufbar unter http://www.amadeu-antonio-stiftung.de

99 Informationen aus *Land in Sicht – Informationen für Campis und Szenis*

100 So zu lesen im Demoaufruf der Veranstalter.

101 S.o., Punkt “Demokratisches Jugendzentrum Brandenburg”

102 Projektbeschreibung abrufbar unter http://www.amadeu-antonio-stiftung.de

103 Amadeu Antonio-Stiftung – *„Stärken. Vernetzen. Fördern. Bericht 2001/2002“,* Dezember 2002

104 Dokumentiert unter http://www.ujz-korn.de/links.php

105 Vgl. Rokeach, M. 1960: *The open and the closed mind.* New York. Rokeach spricht von „open“ beziehungsweise „closed belief-disbelief systems“. Mit dem Terminus „Orientierungssystem“ können sowohl Ideologien, Weltanschauungen, Religionen und so weiter belegt werden.

106 A.a.O.: 55ff.

107 Zum Zusammenhang von Ritual und (kommunikativer) Rigidität vgl. Luhmann, N. 1984; a.a.O.; S. 613: „Man kann *Rituale* begreifen unter dem Gesichtspunkt des Coupierens aller Ansätze für reflexive Kommunikation. Die Kommunikation wird als fixierter Ablauf versteift, und ihre Rigidität selbst tritt an die Stelle der Frage, warum dies so ist.“ (Hervorh. i.O.)

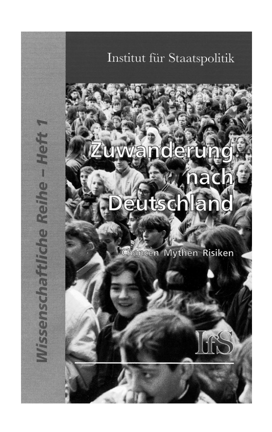
108 Vgl. Einleitung, S. 2

109 Es handelt sich hierbei um die türkische Terrororganisation „Front der Vorkämpfer für einen Großen Islamischen Osten“

110 Beitrag „Terrorkrieger in Deutschland“, *Spiegel-TV Magazin* vom 30. 11. 03

111 Schlagendes Exempel hierfür ist die bekannte Rede Philipp Jenningers, welche Ignatz Bubis (diesmal unwidersprochen und unter Beifall) knapp zehn Jahre später in Hamburg noch einmal hielt, ohne freilich deren wahre Urheberschaft aufzudecken. Etwas populärer formuliert läßt sich der gleiche Umstand so ausdrücken, daß nicht zählt, was gesagt wird, sondern von wem es gesagt wird. Diese Aussage ist allerdings nur mit Einschränkungen generalisierbar, denn Fälle wie jener der ehemaligen Justizsenatorin Däubler-Gmelin zeigen, daß auch gegenteilige Exklusionsmechanismen greifen können: bei Thematisierung tabuisierter Begriffe oder Aussagen schützt dann auch die moralisch-politische Integrität der betreffenden Person nicht vor öffentlicher Ächtung.

112 Scheuch, E. K. unter Mitarbeit von Klingemann, H. D. (1967): „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften.“, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik* (12), S. 11–29
113 Aufgrund ihrer Analysen sprechen sie von Rechtsradikalismus in einer bekannt gewordenen Formulierung als „‚normale‘ Pathologien von freiheitlichen Industriegesellschaften“, Vgl. ebd.; S. 13
114 So unterscheiden sich etwa Links- und Rechtsextremismus (die Begriffe Radikalismus und Extremismus werden von den Autoren synonym verwendet) bei Scheuch/Klingemann durch einen unterschiedlichen Zeitbezug: während der Linksextremismus vorrangig zukunftsbezogene Inhalte durchzusetzen bestrebt ist, orientiert sich der Rechtsextremismus an der (Wieder-)Herstellung vergangener gesellschaftlicher Zustände; vgl. ebd.; S. 22f.
115 Zur konstitutiven Rolle von Gewalt („Terror“) in totalitären politischen Gebilden vgl. nochmals Arendt, a.a.O.; bes. S. 944ff.
116 Etwa die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, durch punktuelle Lancierung von Themen oder zeitlich-räumlich begrenzte Wahlerfolge dauerhaft strukturelle Veränderungen herbeiführen zu können.
117 So ist z.B. andererseits nie ausgeschlossen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse unintendierte Dynamiken entwickeln, welche von den derzeit profitierenden politischen Kräften nicht mehr kontrolliert werden können.
118 S. dazu z.B. Willke, H.: *Systemtheorie 3. Steuerungstheorie.* Stuttgart 1998; S. 49f.



Zuwanderung nach Deutschland

Chancen Mythen Risiken

Wissenschaftliche Reihe – Heft 1
Arbeitsgruppe 3 im Institut für Staatspolitik

August 2001 · 30 Seiten · € 8

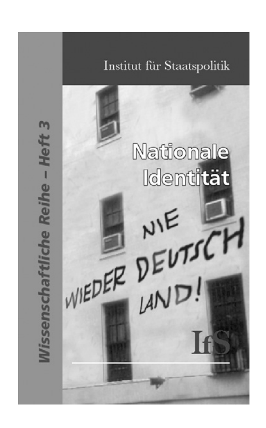


Der Aufstand der Anständigen

Hintergründe und Erklärungsansätze

Wissenschaftliche Reihe – Heft 2
Arbeitsgruppe 2 im Institut für Staatspolitik

August 2001 · 48 Seiten · € 8



Nationale Identität

Wissenschaftliche Reihe – Heft 3
Arbeitsgruppe 1 im Institut für Staatspolitik

November 2001 · 32 Seiten · € 8



Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
www.staatspolitik.de